



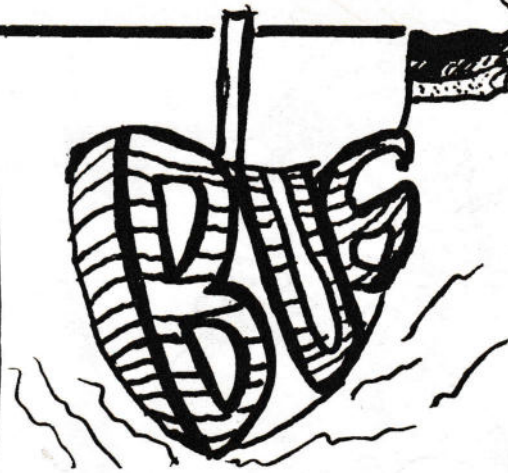
W-Gn: -50 DM

BRD: -70 DM

DDR: -30 M

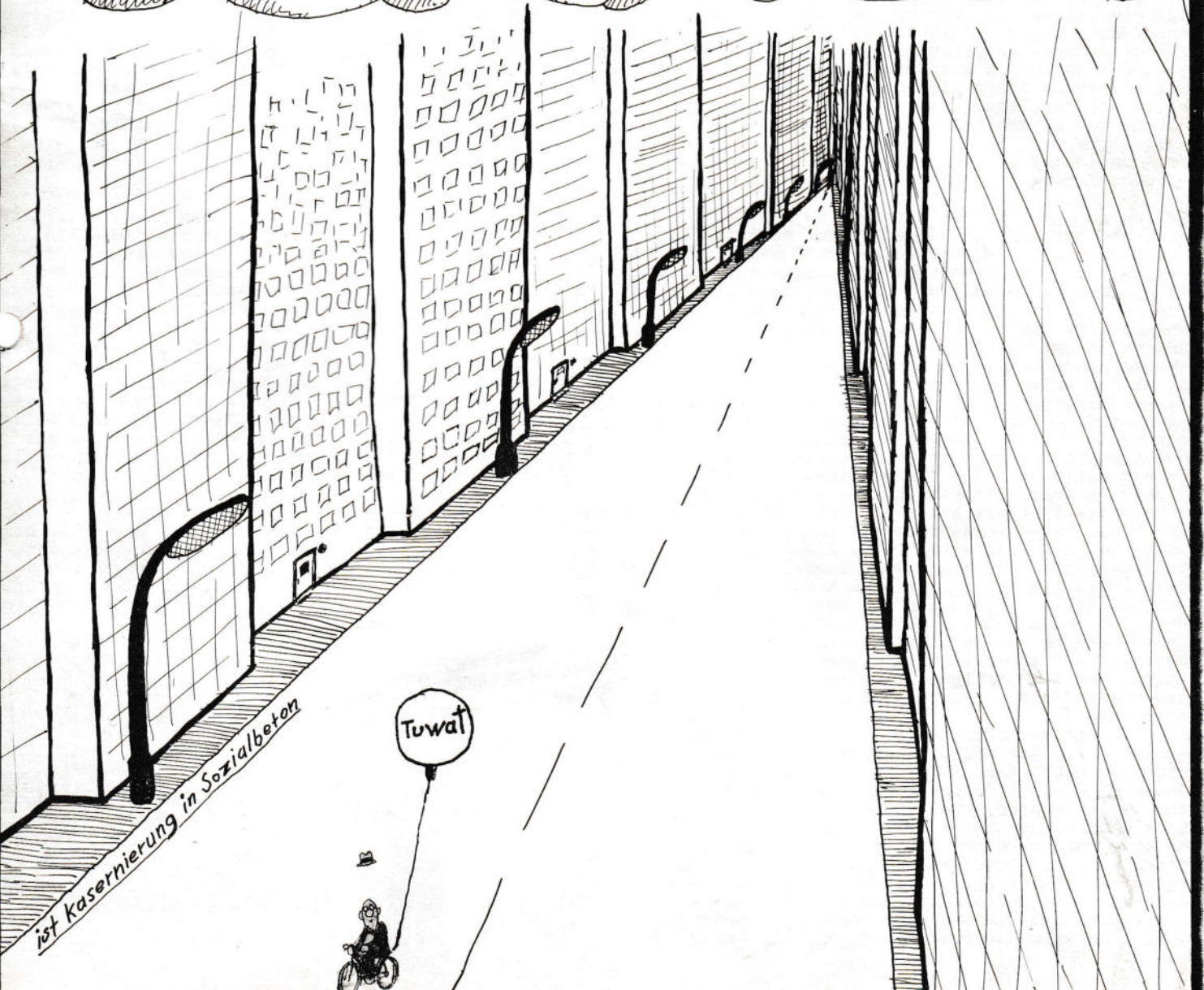
30.1.78

# INFO



185  
+  
1007

# TERROR







... zu dieser Ausgabe ...  
und: wie könnte es  
weitergehen ★

ICH VERSTEH' NICHT,  
WARUM SICH DAS  
BILD DER DEUTSCHEN  
IM AUSLAND SO

Auf dem letzten Plenum der Zeitungsmacher am 20.1. kristallisierten sich zwei Richtungen heraus. Einige Gruppen und Individuen wollten in Zukunft eine Zensur einer bestimmten politischen Tendenz in Kauf nehmen, um Hersteller und Verteiler nicht zu gefährden und um sicherzustellen, daß die Zeitung weiterhin öffentlich hergestellt werden kann. Andere wollten Zensur vermeiden und fanden demgegenüber das öffentliche Layout, Legen usw. als zweitrangig.

Wir - und nicht nur wir - sind mit beidem nicht zufrieden. Einerseits ist es anmaßend, Beiträge einer

bestimmten politischen Richtung zu zensieren nach dem Motto: "mit diesen ausgeflippten Militanzfanatikern haben wir doch nichts zu tun". Leute, die so argumentieren, sollten sich mal überlegen, daß die meisten der heutigen Stadtguerillios Leute sind, die mal das gleiche gedacht und gemacht haben wie wir, und daß sich nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes die Zahl der "Terroristen" eher vergrößert als daß sie abnimmt, daß also immer wieder Leute aus unserer Mitte zur Stadtguerilla überwechseln. Wer dann sagt die hätten mit uns nichts zu tun, der verdrängt die gemeinsame Geschichte. Erst recht, wo diese Entwicklung noch längst nicht abgegeschlossen ist (sogar die CDU rechnet damit, daß der "Terrorismus" nicht vor 15 Jahre n auszurotten sein wird - und das bei den Gesetzen! Experten der SPD meinen ebenfalls, daß "der Terrorismus uns noch auf viele Jahre hinaus beschäftigen wird.") Die Geschichte der Stadtguerilla und unsere Geschichte läuft bis zu einem Punkt gemeinsam, wir sind die Kinder der gleichen Mutter. Bei allen Differenzen: nie würde ich sagen Daß ich mit meiner Schwester nichts mehr zu tun habe; bei allen Streitigkeiten würde ich nie aufhören mich mit ihr auseinanderzusetzen. Was die Stadtguerilla verkörpert, das ist auch unser Fleisch und Blut, das sollten wir nicht verleugnen.

Noch ein anderer Grund spricht gegen Zensur. Wenn wir auch die Politik und Moral der Stadtguerilla nicht mehr nachvollziehen können, so können wir doch trotzdem von ihnen etwas lernen. Denn diese Gruppen arbeiten schon seit Jahren unter den Bedingungen der Illegalität, was auf uns erst noch zukommen wird. Jeder, der heute frisch - fromm - fröhlich - frei eine offene legale politische Arbeit betreibt muß sich vergewissern, daß das was heute noch ohne weiteres legal ist, in ein paar Jahren schon in der anrüchigen Grauzone liegen kann und noch paar

Jahre später vielleicht direkt illegal ist: noch sechs Jahre bis 1984. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit (Kalkar, Agit) sollten einem zeigen, daß der Staat nicht nur Terroristen jagt, sondern auch den gesamten Widerstandskriminalisieren möchte. Und wenn schon Robert Jungk, der bestimmt kein Stadtguerilliastrategie ist, behauptet, daß man sich (in der Ökologiebewegung) auf die Zeit des Untergrunds vorbereiten müßte, weil in den nächsten Jahren unerhörte Repressionen ins Haus stehen, sollte das Jedem zu Denken geben, der glaubt, die Stadtguerilla habe ihm "rein gar nichts" zu sagen, (vergleiche Zitty 1/78)

Das heißt nun nicht, daß schon jetzt alles verloren ist, was an Rechten-Machtpositionen gegenüber der Repression noch vorhanden ist. Und das heißt auch nicht, daß man diese Positionen kampflos aufgibt. Und da wären wir wieder bei der Zeitung, die unzensuriert, aber trotzdem offen sein sollte. Wenn wir eine unzensurierte Zeitung machen, kommen wir in den Bereich polizeilicher Maßnahmen, weil wir garantiert Gesetze brechen - es gibt genug davon. Wenn man verbotene Dinge tut, gibt es zwei Möglichkeiten - entweder läßt man sich nicht erwischen, oder es machen so viele die verbotene Sache, daß sich die verfolgenden Behörden lächerlich machen. Diese zweite Möglichkeit ist bis jetzt noch gar nicht besprochen worden. Dabei sind damit schon Erfahrungen gemacht worden. Als das Buch von Bommi Baumann beschlagnahmt wurde und gegen den Verlagsleiter ein Strafverfahren eingeleitet wurde, brachten über dreihundert Leute das Buch neu heraus. Das Buch wurde zwar wieder beschlagnahmt, aber ein Prozeß kann jetzt nicht mehr gegen einzelne geführt werden, es müssen alle gleich angeklagt werden. Wo schon die erste Beschlagnahmung und der Prozeß gegen die Verlagsleiter etwas peinlich für den Staat war und zunächst mit einem Freispruch endete, wird der Prozeß gegen die dreihundert wahrscheinlich gar nicht erst eröffnet. Inzwischen wird eine neue Ausgabe vorbereitet, die von noch mehr Herausgebern getragen werden soll. Auf die gleiche Weise soll die Programmschrift der RAF, die 1971 im Wagenbachverlag erschienen war und beschlagnahmt wurde, wieder herausgegeben werden. Wir haben diesen Vorschlag schon mal im INFO 179,5 gemacht und wundern uns, daß er - bis auf eine Kritik im INFO 181 gar nicht erörtert wurde. Vielleicht leicht können die anderen Gruppen dazu mal Stellung beziehen?

Da uns dieser Weg vorläufig noch nicht eröffnet ist, müssen wir für diese Nummer erstmal die andere Alternative wählen - die, daß wir uns nicht erwischen lassen. Das hat nichts damit zu tun, daß wir uns daran aufteilen, was konspiratives zu machen; im Gegenteil, die ganzen Vorsichtsmaßnahmen sind sehr lästig. Aber für uns hat Vorrang, daß nicht zensiert wird. Vielleicht können wir alle aber auch bald einen Weg finden, der - wie beschrieben - eine unzensurierte Zeitung auch öffentlich ermöglicht. Zu diesem Zweck fänden wir ganz gut, wenn auf dem nächsten Plenum die eine Seite sachlicher und weniger laut diskutiert als das letzte Mal und die andere Seite ehrlicher --- Ihr wißt schon, wen ich meine!

Einige Artikel - u.A. einer vom Drugstore - konnten nicht erscheinen, weil wir nur die geleerten Briefumschläge im Laden vorfanden. Wir wissen nicht, wie es dazu kam. Entweder hat sie jemand aus dem Laden rausgenommen und verschlammt, oder da übt uns jemand Zensur aus ganz widerlich. Wir werden mal nachforschen.

VERANDERT HAT!  
WIR KÖNNEN SEIT  
NOCH SAGEN,  
WAS WIR DENKEN.

UND  
SOLLTE, KANN  
NICHT,  
ODER?

DABEI  
NICHT WAHR?





und jetzt auch noch TRAUMSTADT !

(die Ziffern in Klammern beziehen sich alle auf die TR -O Nr.)

Wie das ?

Gibt es da nicht noch Unterschiede ?  
Sieht TRAUMSTADT nach eigenem Bekunden sich nicht selbst „angesiedelt“ zwischen INFO - BUG und Langer Marsch, und zwar zwischen „INFO“ Chaos und LM - Rigidität ?

Wie aber, auf welcher Ebene kann man 2 grundverschiedene Dinge miteinander vergleichen; wo ist die Mitte zwischen Apfel und Birne ?

Versucht man dem Selbstverständnis der Traumstadt - Macher/innen auf die Spur zu kommen, läßt sich sehr schnell feststellen, daß die Bestimmung des eigenen Standortes dem Anspruch nach in Abgrenzung zu Info und LM stattfinden soll. Tatsächlich aber wird nur auf das Info eingegangen; und zwar so ausschließlich, daß am Ende überhaupt nicht erkennbar ist, wo jetzt noch der Unterschied zwischen Traumstadt und LM sein soll.

Wir behaupten in der Tat, daß es einen solchen Unterschied nicht gibt, jedenfalls keinen Qualitativen: Aufgabe der „irgendwo in der Mitte also zwischen dem Info - Chaos einerseits und der LM - Rigidität andererseits“ angesiedelten Redaktion ist es, das sympathische Chaos vorzutäuschen und die Rigidität beizubehalten, ohne daß man es merkt. Nehmen wir als Beispiel den Artikel „kleines Nachwort zur großen Sprachlosigkeit“ auf S.9. Angeblich ruft „keine Zensur“ beim Verfasser eine positive Reaktion hervor; tatsächlich ist ein Leben ohne Zensur für ihn gar nicht denkbar: er begreift die fehlende Zensur nicht als etwas per se Wichtiges oder Anzustrebendes; sie ist bei ihm nur Produkt der Unfähigkeit der am Sonntagabend zum Info - machen Versammelten („dank fehlender Kriterien wurde tatsächlich kaum zensiert“). Und so geht es dann weiter: Die „völlige Offenheit“ ist für ihn nicht der Garant dafür, die bestehende Vielfalt der Aktivitäten von Gruppen und Individuen zu Wort kommen zu lassen, das „Nebeneinander von Arbeiten verschiedener Gruppen und Individuen“ ist ihm nicht Ausdruck dieser Vielfalt, sondern wird als „inhaltliches Hick-Hack“ denunziert und er weckt angeblich den „falschen Eindruck“, es gäbe Gruppenzusammenhang; der strategisch-taktisch denkende Kopf des Verfassers sieht überall nur „scheinheilige Allianzen“ (z.B. zwischen Groi - ssant und Puh dem Bär). Wenn er das Nicht - Vorhandensein einer Redaktion in seiner Bedeutung begriffen hätte als einen Versuch, das Produzenten - Konsumenten - Verhältnis, würde ihm nicht als erstes dazu einfallen: „stark fluktuierender Haufen, in dem man immer ohne Begründung ein und austreten konnte“.

Und wenn ihm zu dem Punkt „Regelmäßigkeit des Erscheinens“ nur einfällt, daß dadurch „ein Gefühl von Scheinkontinuität linkeradikaler Politik suggeriert“ wird, ist dies eigentlich nur ein Hinweis auf sein Politikverständnis: wir wollten doch gerade dann (und nur dann) aktiv werden, wenn wir betroffen waren und wenn wir betroffen waren und aufhören, „kontinuierlich“ arbeitende „Politiker“ zu sein (und seien es „Linkeradikale“).

Wer einmal liest, dem glaubt man auch ein zweites Mal hat nichts mit der Seite zu tun:



WIE KANN ES SIEHEIN, DASS ES SO VIELLE DANK

Den Anspruch des Info-BUG trägt auch Traumstadt vor sich her: „das Aufgreifen, Diskutieren und Veränderbarmachen (was immer das auch sein mag) von Erfahrungen“ (6) - wie aber soll dies zu leisten sein mit dem Instrumentarium, das sich die Traumstädter zurechtgelegt haben: - mit einem festen „Redaktionskollektiv anti - autoritärer Sozialisten“ (5), das sich natürlich auch anmaßt - Zensur zu üben, um die Leser vor einer „Flut dummer, gedankenloser und lesensunwürdiger Artikel und Erklärungen“ (10) zu schützen. Am Lesensunwürdigsten sind offenbar von Individuen verfasste Artikel: so reduziert sich die Kritik am Info letztlich darauf, daß es sich nach dem „Ableben des Mittwochsplenums“ nicht selbst liquidiert hat (9) - danach wurde es zum Spielball „individualisierter Possenreißer“ (6), und auf S.7 heißt es, daß das im Info geschriebene keinerlei Konsequenzen hatte, weil es sich um „individuell produzierte Artikel“ handelte „ohne eine pressure group im Hintergrund“ (au wei au wei, was mag das mit einer im Rahmen einer kritisch emanzipativen Publizistik“ (5) sich rumtreibenden Traumstadt noch auf uns zu kommen ?).

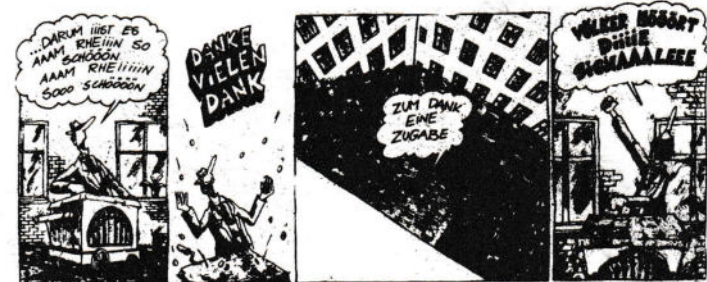
Der Staatsanwalt im Traumstadt - Kopf kritisiert angeblich nicht die Veröffentlichung von Stadt = guerilla - Erklärungen im Info, sondern die „Nicht-Auseinandersetzung über solche Veröffentlichungen im INFO“. Da aber auch der böswilligste Info - Kritiker nicht behaupten kann, es hätte zu diesem Problem keine kontroversen Artikel gegeben, meint Traumstadt mit „Nicht - Auseinandersetzung im Info“ offenbar das Fehlen einer „verantwortlich“ (wem?) diskutierenden Redaktion mit dem Ziel, bestimmte Beiträge unter den Tisch fallen zu lassen.

Hieß „Auseinandersetzung“ seither Veröffentlichung gegensätzlicher Meinungen, Standpunkte zu einem Problem, so will Traumstadt uns jetzt etwas anderes bieten: die Kontroverse wird jetzt hineinverlagert in ein Redaktionskollektiv, das sich an „politischen Artikelauswahlkriterien“ (neun) orientiert, die es uns nicht einmal benennen kann oder will. Wir wollen eure allgemeinen Geschäftsbedingungen sehen!

- Klar auch, daß für denjenigen, der sich einer „kritischen Publizistik aus dem linken Lager“ (5) verpflichtet fühlt, technische Dinge, wie das Layout z.B. einen ganz anderen Stellenwert bekommen. Sicher ist ein gutes Layout besser als ein schlechtes - doch wenn emanzipatorische Inhalte eine Entsprechung finden sollen in der Produktionsform (also hier: jede/r soll die Möglichkeit zum Mitmachen haben), werden solche Fragen einfach zweitrangig.

Bei diesem Konzept wird Traumstadt niemals eine Zeitung von uns, sondern immer nur für uns sein. Die (Zeitungs-) Macher kommen!

Fortsetzung auf Seite





# Ich will eine konkrete GEWALTDISKUSSION !

Ich bin gegen eine Zensur im Bug, aber ich finde es Scheiße, wenn im Bug Artikel von Leuten aus dem Untergrund erscheinen, ohne daß eine deutliche Stellungnahme zu diesen Artikeln gegeben wird.

Es wäre doch ganz gut gewesen, wenn die Gruppe, die gerade dran ist mit Bug machen, solche Artikel grundsätzlich immer diskutiert, und immer das Ergebnis dieser Diskussion unter den betreffenden Artikel setzt. Dadurch könnte die Gewaltdiskussion in der unorganisierten Linken viel konkreter geführt werden.

Mir liegt ziemlich viel daran, daß diese Diskussion geführt wird, weil ich "individuellen Terror", wie Revis und bürgerliche Zeitungen die Aktionen von RAF und 2. Juni immer betiteln (ich halte den Ausdruck für angemessen, will aber trotzdem nicht gleich in die Schachtel der Revis oder der Bürgerlichen gesteckt werden), für ne total beknackte Sache halte. Ich finde der bewaffnete Aufstand kann nur erfolgreich sein, wenn die Mehrheit der Arbeiter dahintersteht. Das Argument daß man mit phantasievollen Gewaltaktionen die Bevölkerung nach und nach auf unsere Seite bekommen kann, zieht nicht. Solche Aktionen haben keine positive Wirkung (aber dafür viele negative) es können z.B. reaktionäre Gesetze leichter durchgesetzt werden, weil in den Köpfen der meisten Arbeiter genauso wie in den meisten anderen Köpfen ein bürgerliches Demokratieverständnis eingepreßt ist das nicht durch eine oder mehrere super-Gewalt Aktionen plötzlich umgestoßen werden kann. Dieses Demokratieverständnis ist so tief eingepreßt, daß so ne Aktion viel eher Abneigung gegen uns hervorruft. Und die wird von der bürgerlichen Presse natürlich voll aufgebauscht und verstärkt. Sie macht aus den sonst wie superphantasievollen Angriffen gegen den Staat immer wieder individuelle Terrorakte, die mit Politik nichts zu tun haben. Und die Bevölkerung frisst das.

Wenn ich sehe, was die RAF so alles "im Namen des Volkes" fabriziert, dann bin ich auch sauer. Ich bin auch sauer und werde aggressiv, wenn ich sehe daß ein einzelner Richter ein Berufsverbot oder ne Haftstrafe "im Namen des Volkes" verhängt. Ich finde um dieses Gesellschaftssystem zu stürzen, müssen wir dafür sorgen, daß eine Mehrheit in der Bevölkerung entsteht, die dieses System ablehnt und für eine

## Sozialistische

Gesellschaft kämpft. D.h. die Arbeiter müssen erkennen, daß die Situation, in der sie stecken nicht naturgegeben sondern veränderbar ist. Ich glaube, daß Gewaltaktionen der Stadtguerilla viel mehr demobilisierende Wirkung haben, einmal wegen den oben schon ausgeführten Punkten, und zum zweiten, weil doch jeder sieht, daß die Herrschenden in unserem Staat noch am längeren Hebel sitzen

und objektiv stärker sind als so ein paar Untergrundkämpfer.

Mit Gewalt kommen wir nicht an. Aber wir haben gute Erfahrungen mit anderen Mitteln gemacht. Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerke, Atomkraftwerke, Westtangente, Elterninitiativen gegen zu große Schulklassen haben erreicht, daß sich große Teile der Bevölkerung mit unseren Zielen, an einzelnen konkreten Punkten, auseinandersetzen und viele Leute Position für unsere Sache beziehen. Der Staat ist in allen Bereichen in Widersprüche verwickelt. Es ist wichtig, daß man ihn in möglichst allen Bereichen angreift. "Dem Mann auf der Straße" wird es dadurch möglich sein, bürgerliches Bewußtsein in Frage zu stellen. Er erkennt, daß Energieplanung im Interesse der Unternehmer gemacht wird, daß Schulplanung nach den Interessen der Unternehmer gemacht wird, daß Städteplanung im Interesse der Unternehmer gemacht wird, und wird sich irgendwann die Frage stellen, ob da nicht ne Systematik dahintersteckt. Und er sieht, daß man gegen die konkreten Mißstände auch was unternehmen kann. Viele Aktionen hatten ja schon Erfolg. Nach und nach wird er auch erkennen, daß man gegen das gesamte System was machen kann und muß. Konkrete Alternativen sind auch schon vorhanden (z.B. dauernde Energie, Schule ohne Zensuren etc.) und müssen noch weiter ausgebaut werden, damit wir dann eine Gesellschaft aufbauen können, die uns gefällt,

Also was ich sagen wollte: Diskutiert Gewalt oder nicht Gewalt an den Artikeln der Stadtguerilla (was natürlich nicht heißt, daß andere Artikel nicht diskutiert werden sollen!)

Liebe Grüße  
Baldur Gewaltnix



die Maßnahme  
oder wie's weitergehen soll.

schon freuen sich die da oben über unsere Niederlage  
unsere Schweigen  
unsere Feigheit  
- doch manchmal -  
Übertönt unsere Wut  
jede Polizeisirene.  
in der Ungemütlichkeit  
unserer Fabriken und Hinterhöfe  
lernen wir Chemie aus dem Schulbuch  
und fangen von vorne an  
lernen  
die neue Form des Widerstands.  
die alten Genossen haben sich  
nicht mit Wasser begnügt -  
und die Erfahrung sagt  
daß die da oben  
irgendwann  
Wasser trinken werden.

und wenn es noch  
hundert Jahre dauert  
- halleluja -.

lerne reden  
und Überzeugen  
lernt Überzeugend zu reden  
das ist die Form des Kampfs.  
zertretet die Unterdrücker  
küßt die Unterdrückten.  
wir würden kämpfen für den Sieg  
aber wer  
kämpft für die Niederlage.

s.u.s.t.



LIEBER  
tun  
als  
vormittags nichts  
(tunienichts - nix-)  
als nachmittags zuviel arbeiten.  
bei der Arbeit zuruschauen,  
kann den ganzen Tag  
verschauen.

## BGH erweitert den Begriff der kriminellen Vereinigung

KARLSRUHE, 26. Januar (AP). Der Begriff der kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches, der für die Bestrafung von Terroristen eine besondere Bedeutung erlangt hat, ist vom Dritten Senat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe jetzt auch auf Zusammenschlüsse angewandt worden, die zunächst einen legalen Zweck verfolgen, später jedoch die Begehung von Straftaten in ihre Ziele aufnehmen. In einer solchen Wändlung äußerte der Senat des Bundesgerichtshofs in einer am Donnerstag veröffentlichten Entscheidung, sei die Gründung einer solchen kriminellen Vereinigung zu sehen.

Im entschiedenen Fall hatte ein jugendlicher Strafgefangener in einer bayerischen Justizvollzugsanstalt Mitgefangene um sich versammelt, mit denen er eine Verbesserung der Haftbedingungen durchsetzen wollte. Später hatten sich die Bestrebungen der linksradikal und anarchistisch argumentierenden Gruppe darauf gerichtet, die Gefängnisse ganz zu beseitigen und die bestehende Gesellschaftsordnung umzuwerfen. Aus einem abgefangenen Kassiber hatte die Anstaltsleitung erfahren, daß der Angeklagte eine gewalttätige Demonstration geplant hatte. Dennoch hatte das Landgericht Bamberg eine Bestrafung des jetzt 23-jährigen Gefangenen wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung abgelehnt, weil die ins Auge gefaßten Straftaten der Gruppe nicht erkennbar gewesen seien.

Der Senat des Bundesgerichtshofs hat diese Entscheidung aufgehoben und die Sache an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen. Die Abt. Straftaten zu begehen, meinte der BGH-Senat, brauche noch nicht bis zur Vorbereitung einzelner Taten konkretisiert zu sein. Das Bewußtsein, daß es zur Begehung von Straftaten nicht nur Beihilfe kommen solle und dies auch gewollt sei, reiche für den Tatbestand des Paragraphen 129 bereits aus. (Aktenzeichen 3 St 221/77)



Soweit darf es nie kommen



# Bürgerinitiative Gasturbine UNTERHAFEN



Liebe Mitbürger! also, Mitbürger, aufgepasst!  
Die BEWAG plant in Neukölln ein Gasturbinenkraftwerk zu errichten.

-WARUM SIND WIR DAGEGEN ?

1. Das Kraftwerk ist unnötig, da:
  - immer mehr Industriebetriebe abwandern oder schließen
  - die Bevölkerung Berlins ständig abnimmt
  - eine Sättigung an elektr. Haushaltsgeräten eingetroffen ist und neue Geräte weniger Strom verbrauchen
  - Sonnenenergie und Fernwärme eine immer größere Rolle spielen

- wir noch soviel Energiereserven haben, daß wir z.B. Hannover damit versorgen können

2. Das Kraftwerk vergiftet unsere sowieso schon sehr schlechte Berliner Luft

WARUM KOMMEN AUS DEM KRAFTWERK GIFTIGE ABGASE ?

Das Gasturbinenkraftwerk brauche nicht Gas, wie man/frau vielleicht glaubt, sondern leichtes Heizöl, das verbrannt wird. Dabei entstehen Gifte, die aus den 70 m hohen Schornsteinen herauskommen und die wir dann einatmen. Es sind Schwefeldioxid ( $SO_2$ ) und Stickoxid ( $NO_2$ ) aber auch Feinstäube.

Wissenschaftler sind sich einig, daß diese Gifte zu schweren Lungen-, Herz-, Kreislauf- und Magenkrankheiten führen. Stündl. wird das Werk 657 kg dieser Gifte auspusten.

WANN IST DAS KRAFTWERK FÜR UNS AM GEFÄHRlichsten ?

Sehr gefährlich wird das Kraftwerk wenn wir im Winter SMOGWetter haben. Bei SMOG legt sich eine warme Luftschicht wie eine Käseglocke über die Stadt und es ist fast windstill. Alle Abgase aus Schornsteinen, Öfen und Autos können dann nicht mehr abziehen. In dieser SMOGLage wird das Kraftwerk dann sein gesamtes Gift nach Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg schicken. Und wir werden uns dann wundern, warum wir Atemnot bekommen, Lungenschmerzen und alte Leute sich nicht mehr auf die Straße trauen.

TUT DER SENAT DENN NICHTS DAGEGEN ?

Leider nicht-im Gegenteil. Es gibt wohl ein Gesetz, welches das Ausstoßen von Giften in die Luft regelt, doch dürfen nach diesem Gesetz siebenmal soviel Giftgase aus Schornsteinen herauskommen wie z.B. in den USA oder Japan. Haben wir denn bessere Lungen ?

Zur Zeit liegen die Genehmigungsunterlagen für das Kraftwerk Unterhafen im Rathaus Neukölln aus. Bis zum 28. Februar können die Bürger noch Einwendungen gegen die Kraftwerkspläne von SENAT und BEWAG erheben. Die BI Unterhafen wird ab sofort Einsprüche gegen das Kraftwerk sammeln.

UNTERSCHREIBEN SIE DIESE EINSPRUCHS LISTE !!

Wenn Ihr selbst Einsprüche sammeln wollt- in Eurer Familie, im Bekanntenkreis, bei Kollegen und Nachbarn, ruft die Kontaktsache an.

UNTERSTÜTZT DIE BÜRGERINITIATIVE DURCH EURE MITARBEIT UND/ODER DURCH SPENDEN !

Wolfgang Beer

PS-Konto 330854-101 Bln-West

Kontaktadressen:

Wolfgang Beer, Schudomastr. 27, 1 - 44 Tel: 684 63 50

Gerd Henning, Liningstr. 78, 1 - 47, Tel: 606 61 75

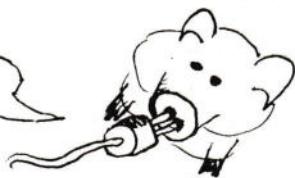
Amgeblich sollen Terroristen zur Zeit im Neukölln ihr Unwesen treiben. Sie versuchen, mit den schweren Giften  $SO_2$  und  $NO_2$  die Bevölkerung umzubringen.



„Wird vielleicht die unersättliche Polizei auch diese Aufgabe übernehmen?“



kein Kraftwerk  
mehr in Berlin



Ach du Bulle

Da stehst du Bulle,  
Hände reibend,  
Knüppel schwingend,  
behelmt, verummt,  
kugelsicher!  
Dein Mund,  
vom ersten Bartansatz umrandet,  
zuckt nervös.  
Du spielst den starken Mann,  
und bist doch noch ein Kind.  
Gestern war's noch ne Spritzpistole,  
heute ist's ne MP.  
Im Traum siehst du dich schon als Held,  
ein Bild von dir in der BZ,  
nen linken Schurken überführt.  
Ach du Bulle,  
merkst du nicht ?  
Sie haben dich blind gemacht.  
Wie ein Stück Knete  
hast du dich formen lassen.  
Wie eine Marionette  
hängst du an den Fäden derer  
die dich als Werkzeug  
zur Unterdrückung des Volkes  
gebrauchen.  
Sie haben dich zum Schwein gemacht,  
doch du hast dich machen lassen.



nelluB  
dnis  
fooooo

STECKT DIE POLIZISTEN  
IN LAUTER KLEINE  
KISTEN



## Alliierte wollen 120 Meter hohen Schornstein akzeptieren

Bauplätze für das geplante Grundlastkraftwerk in Ruhleben besichtigt

Zu einer Ortsbesichtigung auf den Ruhleber Wiesen, wo das große neue Grundlastkraftwerk gebaut werden soll, trafen sich am Wochenanfang Vertreter der Alliierten und der Chef der Senatskanzlei, Gerhard Heilmann. Wie dazu gestern im Rathaus Schöneberg bekannt wurde, haben die Alliierten nunmehr eine Schornsteinhöhe von etwa 120 Meter akzeptiert. Dies sei für die Flugsicherheit noch ausreichend. Um den Umweltschutzaufgaben zu genügen, sei eine Höhe von 120 Meter „genehmigungsfähig“, hieß es im Rathaus.

Fachleute halten es allerdings unter Berufung auf Anforderungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes für denkbar, daß eine Schornsteinhöhe bis zu 200 Meter nötig sein könnte. Eine solche Höhe würde allerdings von den Alliierten keinesfalls genehmigt.

Die Vorlage über den Standort — übriggeblieben sind zwei Varianten, eine westlich, die andere südöstlich des alten Kraftwerks Reuter — soll nunmehr am 31. Januar im Senat eingebracht werden. Ein endgültiger Beschluß werde jedoch noch nicht gefaßt, hieß es dazu. Zu der Senatssitzung am 31. Januar sind deshalb auch noch nicht die drei Fraktionsvorsitzenden gebeten worden, wie dies vorgesehen war. Allerdings werden Vertreter der Bewag im Senatssitzungssaal sitzen. (Tsp)

**Zehn Grad Kohlendioxid**  
Hamburg (ddp). Durch eine Zunahme des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre, die durch die ständig steigende Verbrennung der Energieträger Öl und Kohle entsteht, werden auf der Erde wahrscheinlich in den kommenden 50 bis 200 Jahren die mittleren Temperaturen bis zu zehn Grad ansteigen. Zu diesem Schluß kommt Professor Klaus Hasselmann vom Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie in einem neuarbeiteten Klimamodell, die Klimaschwankungen der vergangenen Jahre unter die Lupe nimmt.





# KRAFTWERKSBAUTEN IN NEUKÖLLN + RUHLEBEN -

was wollen und können wir dagegen tun?

Die Neuköllner Stadtteilgruppe der BI hat dies in den letzten Wochen diskutiert. Die Situation in der Gruppe: ständig kommen zwischen 12 und 20 Kraftwerksgegner zu den Terminen, und was wir praktisch so alles auf die Beine und an die Wände gestellt haben, darüber haben wir ja laufend berichtet.

Trotzdem ist auch bei uns - nach der Alu-Sammelaktion - eine kleine Flaute eingetreten, und schon weitete sich diese zu einer grundsätzlicheren Motivationsfrage aus.

→ Gründe, die genannt wurden, warum nicht mehr so viel passiert, d.h. auch, warum keine ausreichende Motivation mehr da ist:

- keine konkrete Situation, in der sich Widerstand entfalten kann, kein anstehender Termin (stimmt nicht, KW Neukölln hat Ende März Ende der Einspruchsfrist)

- keine verhindernswerte Sache. Sowohl Neukölln wie Ruhleben sind vorgesehene Bauplätze, wo kein Wald ist, kein See gesperrt wird oder sonstwas.

- der juristische Kampf dagegen wird immer schwieriger. So ein Urteil wie in Voerde, wo wegen zuviel Luftverschmutzung ein Kohlekraftwerk nicht gebaut werden darf, gibt es wahrscheinlich nicht noch einmal, denn die Auslegungen der Bestimmungen zur Luft werden demnächst gesetzlich festgelegt (zu wessen Gunsten wohl?) - damals konnte der Richter sie noch auslegen!

- es wurde hinterfragt, ob es nicht gerade für uns in Deutsche zur Zeit wesentlich wichtigere Aufgaben gibt - die Repression geht allum, von den Agit-Druckern über das neue Razziengesetz über Stammheim und alles was damit zusammenhängt.

Dagegen muß doch auch was gemacht werden - und werden uns diese Repressionen das Leben nicht noch unerträglicher machen als ein weiteres Kraftwerk in Berlin? Tatsache ist doch, auch AKW-Gegner werden kriminalisiert, also macht der Staat es so, wie er es gerade gebrauchen kann.



- aktuelle Anlässe gibts also genug, um an tausend Ecken zu kämpfen, aber wenn wir so handeln, platt gesagt von einem Feuer zum nächsten - verzetteln wir uns nicht dabei? Es gibt viele, die jahrelang so Politik gemacht haben und nicht sehr zufrieden dabei am Ende sind. Denn wenn, angenommen, in einem Jahr, Kraftwerk Reuter aktuell wird, vielleicht steht da eine Bauplatzbesetzung an, dann werden doch wohl wieder alle mitmachen!? Dann sind bestimmte Voraussetzungen von einigen Leuten angekurbelt worden und man kann sich wieder reinhängen.

Soll heißen: wieviel Selbstvertrauen haben wir eigentlich in die Selbstorganisation? Heißt die nicht auch, daß wir auch von uns aus an einem bestimmten Punkt politisch arbeiten können, ohne daß uns von Staats seite ein Termindruck und ein Handlungszwang auferlegt wurden? Heißt das nicht sogar besonders, an Punkten wie Kraftwerkneubauten weiterzumachen - sonst beschweren wir uns hinterher wieder über Macker, die alles angeleiert haben, aber warum machen wir das nicht selbst?

Klar: wenn innerhalb der Bevölkerung keine Bewegung mehr gegen Kraftwerkspläne da ist oder mobilisiert werden kann, wenn nur von uns ein paar aus Anspruch dagegen kämpfen, dann ist es irre aufgesetzt. Aber ist es so? Hat sich die Bevölkerung tatsächlich damit abgefunden, genauso wie mit über 1 Million Arbeitslosen, Steuererhöhung, dauernder Repression usw?

grade links aussehen). Gerade beim momentanen Stand der BI wäre zu fragen, inwieweit unsere Gruppe, unsere Arbeit darin darin noch dem entspricht, was eigentlich in dem Begriff Bürgerinitiative gehört: ein bestimmtes Projekt, dagegen wird gekämpft mit möglichst ganz vielen Leuten, nach gewonnener oder verllorener Schlacht löst man sich wieder auf. Das ist natürlich ein bisschen wenig, sich einfach wieder aufzulösen, das brauchen wir ja nicht zu machen. Vielmehr kommt der Punkt rein: inwieweit sind in den einzelnen Gruppen viel stärker Vorstellungen von "Stadtteilgruppe zu sein" im weiteren Sinne überwiegend? Eine Stadtteilgruppe, deren eines Ziel es ist, gegen weitere Kraftwerksbauten was zu machen, aber die insgesamt eine viel größere Bedeutung für jeden einzelnen hat: politisches Diskussionsforum, Gruppengefühl, politische Weiterentwicklung, persönliche Emanzipation. Und das alles an den Tausend Feuerchen, die im Stadtteil lodern, schön unter uns (Linken). Und wie kriegen wir ne breite Bewegung zustande?

→ Perspektive der Energiepolitik und unsere Kampfesziele. Weitere Kraftwerke wollen sie bauen - allein schon um den Machtkampf gegen die "Bürger" zu gewinnen. Unsere Karten sind etwas schlechter geworden. Die breite Bewegung ist abgeflaut, die Prozesse (Grohnde) bringen nicht gerade einen Auftrieb, sondern haben eher den Effekt der Einschüchterung.

Konkret: Neukölln mit nur 200 MW stellt nicht so einen Klotz dar, daß sich daran die großen Initiativen entwickeln werden.

Reuter werden sie erweitern (wenn sie sich mit den Alliierten über die Schornsteinhöhe geeinigt haben). Also: den Plan wie in Spandau vereiteln werden wir wohl nicht noch mal können, sollen wir uns darauf einlassen, daß dann wesentlich umweltschädigendere Teile von Reuter stillgelegt werden? Das hieße aber, daß wir von unserem Anspruch, keine weitere Energieverschwendung, runter müßten. Ist das realistisch oder resignativ?

Gegen ein weiteres Kraftwerk zu kämpfen heißt aber auch: gegen die weitere Zerstörung unserer elementaren Lebensbedingungen wie Luft, Ernährung, Erholung, Natur anzugehen, heißt auch: bewußteres Leben zu propagieren (Energienutzung, Entwicklung von alternativer Energieproduktion, keine Verschwendung, keine Wegwerfgesellschaft, keine entfremdete Arbeit). Heißt auch: neue Formen des Widerstands und Verwirklichung unserer Lebensvorstellungen.

## Smog-Alarm jetzt möglich

Am Sonnabend tritt die neue Verordnung in Kraft

◆ Nach jahrelangen Vorbereitungen ist es jetzt soweit: Die Smog-Verordnung wird am Freitag im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Am Sonnabend tritt sie in Kraft. Von diesem Tage an sind dann die gesetzlichen Voraussetzungen für den gefürchteten Smog-Alarm gegeben. Mit Hilfe der Vorschrift kann der Senat, wenn der Schwefeldioxidgehalt in der Berliner Luft erheblich ansteigt, bestimmte Maßnahmen und Verkehrsbeschränkungen anordnen.

Wie berichtet, war die Geburt der Vorschrift langwierig. Als am 27. September des vergangenen Jahres der Senat die vom Senator für Gesundheit und Umweltschutz vorgelegte "Verordnung zur Verhinderung schädlicher

Umwelteinwirkungen bei austauschenden Wetterlagen" erlassen hatte, dachten viele Umweltschützer, daß nun endlich die Vorschrift in Kraft tritt.

Doch die Alliierten erhoben Einspruch. Inzwischen erklärten, daß sie keine Einwände gegen die Verordnung haben, stellten aber gleichzeitig fest: Die für den Fall eines Smog-Alarms vorgesehenen Einschränkungen gelten nicht für die Schutz-mähte.

Praktische Grundlagen für den Smog-Alarm sind 31 Meßstellen, die über Berlin verteilt wurden. Wenn die Hälfte aller Stationen drei Stunden lang 0,8 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter registrieren, werden die Bürger aufgefordert, nicht unnötig viel zu heizen oder mit dem Auto zu fahren. Klettert der Wert auf 1,6 mg SO<sub>2</sub>/m<sup>3</sup>, können Verkehrsbeschränkungen erfolgen. Bei einem Wert von 2,4 mg darf der Verkehr ganztagig untersagt und können Betriebe stillgelegt werden.

► In dieser Heizperiode hatten wir noch keine smog-ähnliche Situation", sagte der Sprecher beim Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Manfred Christian. Allerdings registrierten am vergangenen Montag drei Stationen im Berliner Norden einen Wert von 1,25 mg zweieinhalb Stunden lang.

Is mir schlecht??

gemeinsam von holländischen Umweltschutzorganisationen sowie vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) getragen. Auf die Klage des Bauern gegen den "Schnellen Brüter" hatte der Siebente Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster bereits am 18. August vergangenen Jahres einen sogenannten Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht gefaßt. Damit muß sich das höchste deutsche Gericht erstmals in seiner Geschichte mit der Verfassungsmäßigkeit des Atomgesetzes hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens für Atomreaktoren des Typs "Schneller Brüter" befassen.

## Zwischenfall in belgischem Atomkraftwerk

Brüssel (dpa). Eine technische Panne im belgischen Atomkraftwerk Tihange hat vor fast zwei Wochen zu einer erhöhten radioaktiven Strahlenbelastung für 30 Beschäftigte der Anlage geführt. Der Vorfall war von einer Umweltschutz-Organisation am Dienstagabend als "schwerer Unfall" an die Öffentlichkeit gebracht und gestern als Argumentationshilfe gegen die Atomenergie bei dem von der EG-Kommission in Brüssel veranstalteten Energie-Hearing benutzt worden.

Der Generaldirektor von Tihange, van der Damme, bezeichnete die Angelegenheit dagegen als "kleinen Störfall", bei dem die Gesundheit keines Kraftwerkarbeiters gefährdet worden sei. Der Zwischenfall in dem Atomwerk ereignete sich am 13. Januar bei der jährlichen Inspektion. Beim Austausch von Brennelementen soll radioaktives Jod 131 entwichen sein.

Die Beschäftigten wurden nach Angaben der Reaktorleitung einer erhöhten Strahlendosis von 100 Millirem ausgesetzt. Das entspricht einer Strahlenbelastung, der tagtäglich zum Beispiel die Schwarzwaldbewohner ausgesetzt sind. Aus Sicherheitsgründen war der Reaktorbetrieb drei Tage lang unterbrochen worden.

Das Kraftwerk Tihange hat eine Kapazität von 870 Megawatt. Es liegt südwestlich von Lüttich an der Maas und wird von der Elektrizitätsgesellschaft "Intercom" betrieben.

## Antrag auf Baustop für Kalkar

Münster (dpa). Der Weiterbau des Atomreaktors in Kalkar soll jetzt durch einen Antrag auf Baustop verhindert werden, der gestern beim nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht in Münster eingegangen ist. Das entsprechende Verlangen eines niederheinischen Bauern, der in unmittelbarer Nähe des "Schnellen Brüters" wohnt, wird

Kraftwerk gegner aller

Bezirke verei-nigt EUCH



→ Zur Gruppensituation und Öffentlichkeitsarbeit. Schwierigkeiten mit der Öffentlichkeitsarbeit haben alle Gruppen mehr oder weniger, womit auch speziell gemeint ist, offen zu sein für neue Kraftwerksgegner (die nicht -6-



# BÜRGERINITIATIVE KRAFTWERK OBERHAVEL / OBERJÄGERWEG

## - NACHTRAG -

### → SPITZEL - VERDACHT - VERANTWORTUNG ←

„In der ehemaligen BI KRAFTWERK OBERHAVEL / OBERJÄGERWEG“ existierte zeitweise gegen den Genossen B. der Verdacht, ein Spitzel zu sein.

Dieser Verdacht kursierte eine Zeit lang 'intern' in der Hütte am Oberjägerweg bevor er erstmals öffentlich geäußert wurde; das war kurz vor dem 2. Mai - dem Tag, an dem das Oberverwaltungsgericht sich denn nun doch gegen ein Kraftwerk im Spandauer Forst aussprach. Aufgrund der Tragweite der entsprechenden Äußerungen und weil der beschuldigte Genosse dies forderte, wurde damals bald ein Untersuchungsausschuß gebildet, der sich mit den Vorwürfen auseinandersetzen und sie überprüfen sollte.

Der Untersuchungsausschuß befragte zunächst diejenigen, die die Verdächtigungen in die Welt gesetzt hatten, nach konkreten Angaben, Beweisen, Hintergründen. Außerdem überprüfte er verschiedene Angaben, die der Beschuldigte gemacht hatte. Die Letzteren stellten sich - soweit sie zu überprüfen waren - ausnahmslos als korrekt heraus.

Bei dieser Befragung ergab sich, daß alle Verdachtsmomente auf Vermutungen, Gefühlen und Gerüchten basierten; nirgendwo waren konkrete, stichhaltige Hinweise oder Anhaltspunkte zu bekommen; teilweise wurden frühere Aussagen revidiert, abgeschwächt oder schlicht zurückgezogen und als nicht so ernst gemeint bezeichnet.

Dies war der Stand der Dinge kurz vor den Sommerferien letzten Jahres und eigentlich wäre die Arbeit des Untersuchungsausschusses damit beendet und ein entsprechender Bericht fällig gewesen.

Selbstkritisch müssen wir heute sagen, daß es nicht geschehen ist, weil wir es versäumt haben, bzw. uns mit der Haltung 'na ja, vielleicht ergibt sich noch was' zufriedengegeben haben. (Dies hat zu der unten beschriebenen Situation des Genossen B. sicherlich mit beigetragen.)

Trotz zahlreicher Gespräche, die u.a. auf Drängen des beschuldigten Genossen, doch endlich zu einem Ergebnis zu kommen, zustande kamen, ergab sich nichts und wir können unsere Untersuchung hier mit einem eindeutigen Ergebnis abschließen: einem weiteren Spitzelverdacht gegen den Genossen B. fehlt jegliche Grundlage!

#### Die Situation des beschuldigten Genossen

Trotz der öffentlich gegen ihn erhobenen Beschuldigungen hat der Genosse weiter aktiv in der BI - heute "ENERGIEPLANUNG / UMWELTSCHUTZ" mitgearbeitet. Er hatte dabei keinen leichten Stand: immer wieder wurde ihm mit Mißtrauen begegnet, offen oder hinter der vorgehaltenen Hand, wurde er befragt oder auch ganz einfach an gemacht. Die Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen wurde ihm unmöglich gemacht, auf Arbeitstreffen wurden ihm Informationen vorenthalten, bewußt oder auch unbewußt wurde er mehr und mehr in eine Außenseiterrolle gedrängt - bis hin zur Existenzbedrohung.



Demonstrationsrecht:  
Modell Grehnke 1977

Mit immer neuen Gerüchten wurde er konfrontiert, gegen die sich zur Wehr zu setzen ihm gleichzeitig unmöglich gemacht wurde. Die einzige Möglichkeit, seine Isolation zu durchbrechen, sah der Genosse darin, weiter politisch aktiv zu bleiben, sich nicht zu zurückdrängen zu lassen, was ihm auch wieder als 'Eingeständnis seiner Schuld' hätte ausgelegt werden können.

#### Spitzelverdacht und politische Verantwortung

Wir haben den Eindruck, daß aufgrund der Verantwortungslosigkeit einiger Genossen um ein Haar dem Gen. B. die politische Existenz kaputtgemacht worden wäre. Natürlich wissen wir, daß die Bullen mit dem Einsatz von Spitzeln operieren, um - Gruppen- und Kommunikationsstrukturen offenzulegen, - Einblick in den Stand der Bewegung zu gewinnen - möglicherweise Aktivitäten und Aktionen schon im Vorfeld begegnen zu können - evtl. als Provokateure auftreten zu können usw.

Eine Aufgabe im politischen Kampf ist daher immer, vor solchen Angriffen der Bullen auf der Hut zu sein, sie aufzudecken und zu bekämpfen.

WACHSAMKEIT und ENTSCHLOSSENHEIT sind jedoch nur die eine Seite - politische VERANTWORTLICHKEIT und GEWISSENHAFTIGKEIT sind die andere: 'Enttarnung' oder aber 'Rehabilitierung' eines Spitzelverdächtigen sind lebensnotwendig für jede Gruppe, in der solch ein Verdacht auftaucht, als auch für jeden Einzelnen. In diesem Punkt liberal und nachlässig zu sein, nicht verantwortungsvoll jeder Einzelheit nachzugehen, schadet nicht nur jedem Einzelnen, sondern der gesamten Bewegung.

Erst recht nicht vereinbar mit unserem Verständnis von Politik ist es, wenn - wie in diesem Fall offenbar geschehen - aus politischen Differenzen mit einzelnen Genossen oder persönlichen Antipathien Spitzelgeschichten konstruiert werden.

Ein solches Verantwortungsbewußtsein haben diejenigen, die den Genossen B. beschuldigten, stark vermissen lassen: Wie sich inzwischen herausstellte, existierte der Verdacht gegen den Genossen B. schon ein halbes Jahr lang 'bei einigen Leuten' bevor er öffentlich in der Hütte geäußert wurde, ohne daß die Genossen irgendwas unternommen hätten, was Klarheit in die Angelegenheit hätte bringen können. Sie verhielten sich verantwortungslos und liberal sowohl in den ersten Diskussionen, in denen sie sich von ihren Gefühlen, bzw. von Gerüchten leiten ließen - als auch später bei Nachforschungen, als sie so taten, als hätten sie mit der Sache nichts zu tun, als hätten sie nie derart existenzbedrohende Anschuldigungen geäußert.

Wir lehnen diese Art politischen Flipper-tums ab und fordern die Genossen zu praktischer Selbstkritik auf!

Jan. '78

der Untersuchungsausschuß





# Russel Tribunal- was issn das?



Denk ich an Deutschland in der Nacht  
bin ich um den Schlaf gebracht!

Das "Sich Wehren" gegen die zum Alltag geordneten Polizeiübergriffe (Hüttenabrisß Oberjägerweg, Kalkar), Berufsverbote (Beispiele wohl leider mittlerweile überflüssig), Zensur (Buback-Nachruf) usw. ist eine mühselige, oft frustige Arbeit, bei der man sich leicht vorkommt wie ein leckes Schiff im Meer der Repression. Im Gegensatz zu vielen isolierten und deshalb unwirksam arbeitenden Initiativen sind bei der Vorbereitung des Russell-Tribunals deutliche Anzeichen zu erkennen, daß dieses Tribunal eine unheimlich effektive und öffentliche Aktion gegen die Unterdrückung im Land werden kann und es deshalb für die Sponti-Linke sinnvoll wäre sich aktiv zu beteiligen.

Ein Tribunal ist eine Art Gericht, mit Angeklagtem, Ankläger, Urteil usw. Das vom Nobelpreisträger Bertrand Russell eingeführte Tribunal ist durch das Vietnam und Lateinamerikatribunal bekannt geworden.

Es soll:

- für den Bestand der Menschenrechte eintreten
- unabhängig sein; weder Parteien noch Regierungen werden es kontrollieren oder in seinen Entscheidungen beeinflussen;
- öffentlich tagen; seine Ergebnisse werden publiziert
- jeder soll nachvollziehen können, wie es zu seinem Urteil gelangt ist;
- jede Einseitigkeit wird vermieden; alles wichtige Material wird sorgfältig geprüft werden. Alle Seiten sollen zu Wort kommen und gehört werden.

Ähnlich wie Organisation "Amnesty International" soll man also dieses Tribunal nicht als extremistisches Machwerk im "Vorfeld des Terrorismus" bzw. "im Auftrag Moskaus" einfach verteufeln und vernichten können. Neben der Neutralität und Korrektheit soll es vor allem durch die Unterstützung durch international bekannte Persönlichkeiten an Publizität gewinnen. Zu der Jury gehören u.A. die Professoren Collwitzer, Narr, Wesel, Galtung, Jungk, Lombardo-Radice... Das Tribunal soll prüfen, ob und wenn ja wo und wie in Westdeutschland und Westberlin Menschenrechte verletzt werden. Als Menschenrechte können angesehen werden etwa Art. 1-20 des Grundgesetzes, dann zum Beispiel Art. 104GG (Rechtsgarantien bei Freiheitsentzug, Folterverbot) oder Art. 103GG (u.A. Verbot der Mehrfachbestrafung).

Konkreter Untersuchungsgegenstand werden sein: Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit

- Berufsverboten
- Pressezensur
- Strafprozessen und Haftbedingungen

Das Tribunal wird Zeugen hören und Gutachten studieren, kann aber selbst keine kriminalistischen Untersuchungen anstellen.

Die mögliche politische Wirkung eines solchen Tribunals konnte man sehen, als Vietnam-Tribunal die amerikanische Antikriegsbewegung entscheidend voranbrachte. Interessant ist nun die hysterische Reaktion der Bundesregierung und der SPD, die zeigt, welche Angst sie davor haben, daß das jetzige Tribunal eine ähnlich starke Wirkung auf die Anti-Repressionsbewegung haben kann.

Nach den Attacken von Willy Brandt scheute sich Bundesinnenminister Maihofer nicht, in der Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU am 21.11.77

(Drucksache 8/1205) das Russell-Tribunal von vornherein als ein Instrument der Gewalt und als antifreiheitliches Manöver zu denunzieren. Getroffene Hunde bellen: daß der Bundesinnenminister sich nur durch aggressiv formulierte Lügen gegenüber dem Tribunal verhalten kann, beweist sein sein Getroffensein und seine Hilflosigkeit. Der nächste "Hammer" war eine Studie des Bundesinnenministeriums (u.A. veröffentlicht im ID), in der diskutiert wird, was man denn gegen das Tribunal machen könnte. Von politischen Vorgehensweisen (Einflußnahme auf Urteilspruch) reichen die Vorschläge bis zu üblen, rechtsstaatsfernen Polizeimaßnahmen wie der Verhaftung von Teilnehmern oder Einreiseverbot für die Ausländer und der Grundrechtsverwirkung(!) der Beteiligten. Der wohl realistischste und damit gefährlichste Vorschlag besteht darin, eine Gegenkampagne zu starten, in der systematisch durch Unterstellungen und Verdächtigungen versucht wird, das Tribunal in die terroristische Ecke zu drängen, so daß es durch die gesellschaftliche Isolierung an Bedeutung verliert.

Für uns stellt sich von daher die Aufgabe, diesen Diffamierungsversuchen eintgegenzutreten, indem wir

Inhalt und Arbeitsweise möglichst bekanntmachen. Dabei muß jede Behauptung über Menschenrechtsverletzungen BELEGT werden.

Wir haben hier die Chance, den Lügen der Regierung die Wahrheit so entgegenhalten zu können, daß sie nicht totgeschwiegen werden kann. Die Reaktion der Regierung zeigt, daß sie vor dem Tribunal mehr Angst hat als vor zig Resolutionen, Demos usw. Das Russell-Tribunal trifft einen empfindlichen Punkt, nützen wir das aus!



## Zum Strom= rechnungsboykott

Wir sind eine AG der Stadtteilgruppe Neukölln und beschäftigen uns mit alternativen Widerstandsförmigen, so zum Beispiel mit der Möglichkeit eines Stromrechnungsboykotts in Berlin.

Um Informationen zum Zahlungsboykott zu bekommen haben wir uns mit der Hamburger Gruppe "Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld" in Verbindung gesetzt, wo die Aktion seit Oktober 77 läuft. Dort wurden seit Februar 77 Vorbereitungen getroffen. Ab 1.10. bezahlen die Boykotteure 90% der Stromrechnung weiterhin an die Elektrizitätsgesellschaft, 10% gehen auf ein Treuhandkonto, das von ihnen selbst verwaltet wird. Der Stand von Dez. ist: 153 Haushalte beteiligen sich aktiv, 388 Haushalte haben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung erklärt.

In mehreren anderen Städten wird der Boykott vorbereitet.

### Ablauf des Stromrechnungsboykotts

- Für den Boykott wird durch Flugblätter usw. geworben. Interessierte unterschreiben eine Teilnahmenerklärung.
- Haben genügend Haushalte unterschrieben (unser Vorstellung 1000) beginnt der aktive Boykott
- 90% der Stromrechnung werden an die Bewag bezahlt, 10% werden auf das Treuhandkonto überwiesen (Anmerkung d. Tipperin) Warum nicht umgekehrt?
- Auf Mahnungen der Bewag wird mit einer Begründung z.B. Kein weiteres Kraftwerk in Berlin geantwortet.
- Das Geld vom Treuhandkonto soll die Bewag erst nach Erfüllung unserer Forderungen erhalten.
- Reagiert die Bewag mit Stromabschaltungen, so kann ein Rechtsanwalt dieses durch eine einstweilige Verfügung verhindern.
- Ein weiterer möglicher Schritt der Bewag wäre ein Gerichtsverfahren in Gang zu setzen. Die dabei entstehenden Kosten (Gerichtskosten usw) würden sich pro Haushalt auf ca. 120 DM belaufen.

Der Erfolg dieser Aktion hängt entscheidend davon ab, wieviele Haushalte mitmachen. Einerseits sehen wir große Schwierigkeiten den Boykott durchzuführen, weil zur Zeit ja eine ziemliche Flaute in der Berliner BI ist. Andererseits könnte es ein Anfang sein Leute anzusprechen, auch solche, die nicht kontinuierlich in einer Stadtteilgruppe mitmachen können. Wichtig ist auch, daß genügend Leute für den organisatorischen Ablauf zur Verfügung stehen.

Was für politische Auswirkungen so eine Aktion hat, darüber sollten sich mal alle Gedanken machen, die den Stromzahlungsboykott auf den ersten Blick gutfinden. Und die die die Aktion sowieso blöd finden, sollten wissen warum. Noch eine andere Sache ist die, ob der Aufwand (die ganze Organisation !!) und die Wirkung solcher Aktion überhaupt in einem vernünftigen Verhältnis stehen?

AHA!



wohne! in my No Atomstrom



# Ketzergedanken

Der Dampf ist raus .  
Früher haben wir ein gutes Stück wald verteidigt und manche leute waren uns geradezu dankbar, als sie unsere stände sahen. Wir wußten, von den erfolgen der bewegung in wylh und erlebten, wie sich bei Brokdorf riesige massen sammelten, um den wahnsinn zum stehen zu bringen.  
Unser wald ist jetzt gerettet, aber es wurde uns letztes jahr auch deutlich gezeigt, wo unsere grenzen liegen. Die schweinerereien von Malville und Kalkar, das vorgehen gegen die anti-atom-dörfer bei Grohnde und Brokdorf zeigten, wie wenig wir tatsächlich verhindern können, wenn es ernst wird. Ernüchterung. Wir machen weiter. Es gibt noch viele kraftwerke zu verhindern. 2 neue luftverschmutzer nach neukölln und auf die Ruhlebener wiesen. Der kampf geht weiter. -  
Aber die luft hat unseren erfolg im Spandauer forst nicht ausgemacht. "Die ist doch eh schon versaut!" bekam ich oft zu hören oder: "da müßte man erstmal was gegen die autos machen". Auch die tatsache, daß 2 unnötige kraftwerke letztendlich unser geld kosten, macht keine bewegung aus. Haarssträubende verschwendung unserer steuergelder erleben wir jeden tag.  
Das neue gasturbinenwerk soll am Neuköllner unterhafen gebaut werden, wo eh industriegebiete ist. Ich glaube nicht, daß viele neuköllner ihren arsch dazu hochkriegen, um ein industriegebiet vor der bebauung mit einem kleineren kraftwerk zu bewahren. Für die meisten leute stehen wahrscheinlich ganz andere sorgen im vordergrund. Schlechter sind die fehlenden lehrstellen für die kinder, die fehlenden lehrerplanstellen, das knapper werdende haushaltsgeld, das tägliche familienelend... Vielleicht noch die wohnsituation, verkehrslärm usw. Ich habe nicht das gefühl, daß sich hier am punkt der luftverschmutzung der widerstand gegen die fabrik- und freigesellschaft kristallisiert. Im grunde genommen ist das wohl auch vielen von uns klar, aber man macht halt noch son bißchen weiter....  
Dabei scheint mir die luft geladen wie vor einem gewitter. Die anhaltend schlechte wirtschaftliche lage, (für uns), der rapide steigende stress und die immer deutlicher werdende perspektivlosigkeit des lebens hier drücken sich in steigender brutalität, krankheit und giftgebrauch (alkohol, heroin, psychopharmaka) aus und machen sich auch in

# Wieder ein Heroin-Toter

Die Berliner Rauschgiftszene ist trotz der schweren Schläge, die ihr die Kriminalpolizei in den letzten Wochen versetzt hat, aktiv wie eh und je. Und sie fordert ihre Opfer: Gestern abend wurde der vierte Heroin-Tote dieses Jahres registriert.  
einer neuen jugendlichen protestbewegung luft (punk), die die kapitalisten gerne vor ihren karren spannen möchten, indem sie in ihr faschistische emotionen schüren (was tun dagegen?).  
Gleichzeitig scheint sich ein ende des "stillhaltens" abzuzeichnen, daß während der krise die größten teile der arbeiterschaft beherrscht hatte. Mir scheint, die streiks der drucker in der letzten zeit und die der hafenarbeiter jetzt läuten eine neue periode von massenkämpfen ein, die - zusammen mit der neuen, nichtintellektuellen jugendlichen protestbewegung die nächste zeit bestimmen werden. Mir fällt dabei auf, daß wir zu beiden bewegungen fast keine beziehung haben, obwohl es bestimmt berührungspunkte gibt (wer von uns wird nicht arbeitslos?). Mir kommt es so vor, als ob wir unsere umweltschutzpropaganda ziemlich unsensibel dem stadtteil aufpropfen, ohne zu wissen, was dort eigentlich abläuft - das vielleicht ganz andere sachen tun täten. Vielleicht bräuchten wir ein zentrum im stadtteil, wo alle leute hinkommen können, wo die zusammenfinden, die unzufrieden sind und ein kommunikationsbedürfnis haben - zu unseren trockenen terminen kommt nur jemand, der schon genauer weiß, was er will; da bleibt nur jemand, der hartnäckiger ist. Aber viele sind einfach unzufrieden, wissen nicht, was sie anfangen können, müssen sich erstmal finden und zusammen reden, anhaltspunkte und winke kriegen, was man alles machen könnte. -  
Vielleicht sollten wir in zukunft auch mehr in die richtung gehen, daß man mißständen direkt abhilft (z.B. graue wände bunt anmalen), als daß man erst große propaganda macht, einsprüche sammelt usw. Das was man tut, überzeugt besser und regt eher zur nachahmung an als viele gute -trockene- worte.

# Kanadier sprechen von gefährlicher radioaktiver Strahlung

Genauer Absturzort des Sowjet-Satelliten noch nicht bekannt

Ottawa/New York (ddp/AP). Während im Norden Kanadas nahe des Baker-Sees Spezialisten mit Hubschraubern bisher vergeblich nach der Ursache der am Vortage georteten Radioaktivität forschten, erklärte in Ottawa der kanadische Verteidigungsminister Danson, die Strahlung sei „so gefährlich“, daß die Satelliten-Trümmer möglicherweise mit mehreren Tonnen Blei abgedeckt werden müßten, bevor man sie abtransportieren könne. Danson war sich in seiner vor Journalisten abgegebenen Erklärung zu „90 Prozent“ sicher, daß es sich um Überreste der 50 Kilo angereicherten Urans handelt, das „Kosmos 954“ an Bord hatte. Er sagte: „Entweder ist es ein Teil von dem Atommüll oder das größte natürliche Uranvorkommen der Welt.“  
Der Baker-See gehört zu einer Seenkette, die 160 Kilometer weiter östlich in die Hudson Bay mündet. Der Boden der Tundra hier ist ständig gefroren. Weniger als 160 Kilometer weiter nördlich verläuft der Polarkreis. Der große Sklaven-See, über dem der Satellit am Dienstag vor den Augen zahlreicher Zeugen verglühte, liegt etwa 1000 Kilometer weiter westlich.  
Amerikanische Experten sind der Ansicht, daß die gesamte Kernbrennstoffladung von „Kosmos 954“ intakt auf die Erde gestürzt sei. Die Strahlungsmenge wird auf mindestens eine Million Curie Alpha-, Beta- und Gammastrahlen geschätzt.

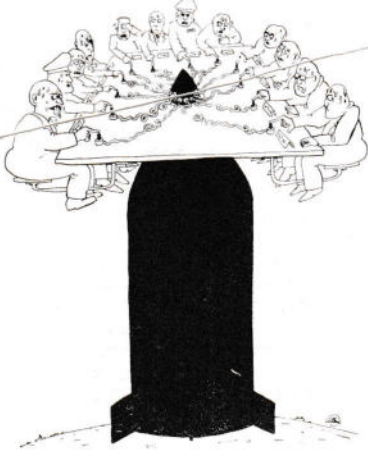


# Das Kernkraftwerk im Weltraum und die Strahlengefahr Nach dem Absturz des Satelliten

Kosmos 954 wächst die Sorge vor radioaktiver Verseuchung

Eben die große Menge Uran 235 an Bord machte wiederum den Bochumer Heinz Kaminski stutzig. Er fragte laut AP: Es war doch wohl nicht ein Killer-Satellit? Solche Raumflugkörper werden gebaut, um andere Raumflugkörper im erdnahen Weltraum zu erwischen und zu sprengen. Technisch ist es nämlich möglich, auch scharfe Atom- oder Wasserstoffbomben um die Erde kreisen zu lassen („Orbitalbomben“) und nach Bedarf im Ernstfall ins Ziel zu lenken. Das Gegenmittel: Ein Satellit, der so rasch wie möglich auf eine Bahn steigt, die so nahe wie möglich an die Umlauf-Bombe herankommt, dann gezündet wird und durch seine eigene Explosion die Bombe außer Gefecht setzt.  
Kosmos 803 und 804, zwei frühere Sputniks derselben Serie, sollen das im Modellversuch einmal vorgemacht haben, wissen US-Quellen zu melden, daß der Killersatellit nur dann Chancen hat, wenn seine Sprengladung möglichst groß ist. Atombomben bieten sich dafür geradezu an.  
Daß auch Kosmos 954 ein Killer war, ist wohl Spekulation. Ernst aber ist die Frage, was aus dem spaltbaren Material wird. Es verschwindet keineswegs.  
Es kreisen noch mindestens zehn weitere Sowjet-Kosmos-Satelliten mit Kernreaktoren um die Erde (die USA streben, obwohl es aufwendiger ist, auf Sonnenenergie). Es wird auch weitere Kernversuche geben. Grusel-Science-Fiction? Eher böse Aussichten für kommende Generationen.

wenn die Raumkapsel verglüht. In höheren Atmosphärenschichten — über der Biosphäre (in der Leben gedeiht) und der Troposphäre (in der Wetter entsteht) — kreisen schon jetzt rund fünf Tonnen Plutonium in gasförmigen Verbindungen und in molekularem Zustand. Sie sind Produkte von Kernwaffenversuchen der Atomkräfte.  
Uran 235 triesselt seit dem 16. Juli 1945 in wachsender Menge in der Atmosphäre herum. Damals zündeten die USA in Alamogordo ihre erste Nuklearbombe zu Versuchszwecken.  
Es stimmt aber auch, was Kaminski ausrechnet: Der Kosmos-Satellit ist in 50 bis 70 Kilometer Höhe verglüht; er hat einen radioaktiven Schweif von 300 bis 400 Kilometer Länge hinter sich gelassen; allmählich wird das strahlende Gift Troposphäre und Biosphäre erreichen und mit dem Regen auf die Erdoberfläche kommen. Jetzt ist es auch mit den feinsten Meßgeräten nicht nachzuweisen — es ist einfach noch nicht unten angekommen.  
Mencke-Glückert sieht voraus, „daß mögliche radioaktive Stoffe in hohen Schichten der Lufthülle über zehn und fünfzig Kilometer verbleiben“, wie seit 1945 die wachsenden Plutonium-Mengen. Aber irgendwann fällt das alles auf die Erde zurück. Und radioaktiv ist es dann immer noch. Uran 235 verliert nach 7,35 x 10<sup>8</sup> Jahren — in Worten: nach siebenhundertfünfunddreißig Millionen Jahren — erst die Hälfte seiner Strahlkraft. Es strahlt zwar nicht sehr intensiv — aber die Menge und die Dauer machen's.



Wie man einen Wald rettet vor einem Kraftwerksbau? Wald zur Aktiengesellschaft erklären und alle Spitzenpolitiker und Wissenschaftler in den Aufsichtsrat!



# Bericht zum Streik in der Berliner Holzindustrie und im Tischlerhandwerk

Anfang Januar wurde die Tarifverhandlung zwischen der Gewerkschaft Holz & Kunststoff (GHK) und den Unternehmerverbänden für gescheitert erklärt. Die Forderung der GHK waren 9% mehr Lohn und Verbesserungen im Manteltarifvertrag, im einzelnen: -Urlaubsverlängerung auf 30 Tage, unabhängig von der Betriebszugehörigkeit, -höhere Mehrarbeitszuschläge, -bezahlte Freizeit am 24. Dezember, -Alterssicherung für 55 jährige, -verbesserte Akkordregelung, -aufnahme einer Prämienregelung, -Verbesserung für Schichtarbeiter. Das Angebot der Unternehmer war 3,5%, Verhandlungen über den MTV wollten sie garnicht erst aufnehmen.

Daraufhin kam es zu zwei großen Streikversammlungen am 16. und 19. Januar, bei der Urabstimmung stimmten 92,3 % für den Streik. Die Stimmung für den schnellen Streikbeginn war bei den Kollegen auf den Versammlungen relativ kämpferisch. Am Freitag traten auf Weisung der GHK erstmalig nur 5 Betriebe in Streik, die Belegschaft einer weiteren Firma (Bechstein) schloss sich dem Streik am Vormittag spontan an. Am Montag wurden bereits über 10 Betriebe bestreikt, bei immer noch anwachsender Streikbereitschaft. Dann kam der Hammer der Gewerkschaftsführung. Auf der Streikversammlung im DGB-Haus wurde "das letzte Verhandlungsergebnis" zur Abstimmung vorgelegt: 5,5% Lohnerhöhung, ab Oktober noch weitere 0,8 % und für den Manteltarifvertrag 30 Tage Urlaub, die allerdings erst bis 1981 stufenweise erreicht werden. Dieses Ergebnis wurde dann von der Streikversammlung nur mit sehr knapper Mehrheit angenommen. Ich finde diesen Abschluß eine Verhöhnung der Streikbereitschaft der Kollegen und bin jetzt von meinem anfänglichen Optimismus geheilt. Ein sich angeschissen fühlender Tischler.

## TUNIX

Viele viele Tunixer waren in Tunix und haben sich leider andauernd auf die Füße getreten, weil gar nicht soviel Platz war in Tunix. Die, die Sprüche an die Wände gemauert haben, fand ich nett. Die, die Steine geworfen haben, fand ich doof.

Die Veranstaltung in Tunix über eine neue Tageszeitung in Deutschland war, wie alle anderen Veranstaltungen in Tunix total überfüllt. Zwei Vertreter der bisherigen Vorbereitungsgruppe, die aus Leuten aus verschiedenen deutschen Städten besteht, berichteten über ihre Diskussionsergebnisse. Leute von Lotta Continua und Liberation berichteten dann von ihren Erfahrungen in Italien bzw. Frankreich. Begründung, eine neue Tageszeitung zu machen, waren:

Nicht mehr den Frust beim Frühstück zu haben, eine Scheißezeitung wie den Tagesspiegel oder so lesen zu müssen;

die Einschränkung der liberalen Presse in den letzten Jahren;

aktueller zu sein als unsere linken Wochenzeitungen (was nicht zur Konkurrenz zu diesen werden soll).

Die Zeitung soll keine politische Plattform haben, weil sonst immer Leute abgespaltet werden und nur noch eine kleine Gruppe diese Zeitung tragen würde. Das Anfangskapital für die Zeitung soll durch Sammlungen und Vorabonnements in allen Städten erbracht werden. Dazu müssen in allen Städten Initiativgruppen für unsere Tageszeitung gegründet werden, die solche Sammlungen organisieren und auch die Diskussion um die Zeitung weiterführen, denn sie sollen auch die Zeitung später mittragen. Die Zeitung soll 6 verschiedene Regionalbeilagen haben.

Nach ersten Berechnungen wird die Zeitung 80 Pfg. bis 1 Mark kosten. Wenn alles gutgeht, kann sie wohl schon im Herbst dieses Jahres starten. Die Leute, die bisher alles vorbereitet haben, haben sich entschlossen, erst anzufangen, wenn ca. 20-30 000 Abonnenten sicher sind. Also abonniert alle jetzt schon die ... ja wie heißt sie denn eigentlich? Wer einen guten Namen weiß, kann ein Jahresabo gewinnen.

Die Genossen von Liberation und Lotta Continua halten das Projekt für durchführbar und wollen uns praktisch und finanziell unterstützen.

### Zur Demo am Samstag:

als am Samstag Steine flogen, hab'ich da auch irgendwo was gutes dabei gefühlt. Sicher auch deshalb weil in den letzten Monaten auf alle Staatsangriffe (nicht zuletzt bei der Verhaftung der Agit-Drucker) die Reaktion der Linken in Hinblick auf Ausmaß und Militanz unter aller Sau war. Die fliegenden Steine und zum Teil noch gefährlicheren Formen des Widerstands sind leider notwendig, das ist gefühlsmäßig klar und das kann man auch verstandesmäßig begründen (z.B: warum steht in Brokdorf noch kein AKW und warum steht in Olu eins). Nur gilt eben der Satz von Che Guevara, der inhaltlich aussagt, daß man militant sein können muß und trotzdem auf eine Gesellschaft hinlebt, die

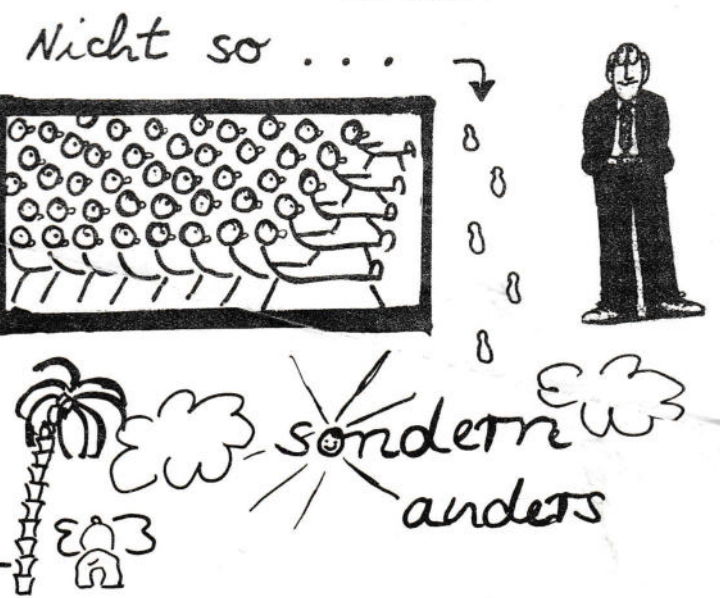
sich durch mehr Liebe und Menschlichkeit auszeichnet. Das bedeutet, daß die Militanz in unserem eigenen Interesse nicht dazu führen darf, daß wir uns nur noch von Gefühlen des Hasses leiten lassen.

Da wir eine Gesellschaft wollen, in der beispielweise Menschen verstehen anstatt sie zu verurteilen, dürfen wir nicht prinzipiell von Polizisten als "Schweinen" reden. Wenn wir das tun, können wir sie damit nicht in ihrer Lage verstehen und können damit erstens nicht positiv so auf sie Einfluß nehmen, daß sie wirklich mal die Uniform ausziehen und überlaufen und rutschen zweitens damit in eine Haßstimmung rein, die uns ganz generell ein Stück Empfindsamkeit raubt...das klingt alles recht theologisch, ich weiß, aber ich kann's im Zeitdruck nicht besser formulieren. Ich halte es deshalb auch für schlecht, wenn man bloß aus Bullenhaß bei der Tunix-Demo Steine gegen Bullen wirft, diese Steine treffen uns letztlich selbst.

Viel klagen hör' ich oft erheben vom Hochmut, den der große übt. Der großen Hochmut wird sich geben Wenn unsre Kriecherei sich gibt.  
Gottfried August Bürger  
(1747-94)

### Noch ne Meinung zum Wochenende:

Die reise nach Tunix endete leider am strand von mallorca, massenweise leute, leute, leute ... und sonst?





Dieser Artikel ist unverschämte kompliziert geschrieben. Man muß das dem Autor mal sagen. Trotzdem sollte man sich die Mühe machen, und das ganze langsam durchlesen. Der Mahler sagt hier sehr richtig (finde ich) daß nicht über Terror und verschiedene Formen der Gewalt geredet werden muß, sondern das etwas konkretes, gewaltloses aufgebaut werden muß. Etwas, was überzeugt!

## DAS MAHLER-PAPIER

Den Charakter eines Aufrufs an die im Untergrund herumvagabundierenden Desperados der „RAF“ und ihrer Nachahmer-Gruppen haben die zehn Thesen der in Westberliner Strafhafteinsitzenden „RAF“-Mitgründer Horst Mahler und Jürgen Bär. Auszüge wurden unlängst im „Spiegel“ veröffentlicht, allerdings um jene Passagen gekürzt, die dem politischen Machtkartell im Lande suspekt erscheinen müssen.

### VERRAT AN UNSEREN IDEALEN!

Die Schleyer-Entführung markiert einen tiefen Einschnitt in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Weil wir dem Grundgedanken der „RAF“ angehört, halten wir es für notwendig, unsere Ansichten in die Erörterung der Ursachen und Folgen des Terrorismus einzubringen. Wir haben sie in zehn Thesen gefaßt, die nicht den Anspruch erheben, als „letzte Wahrheiten“ zu gelten, deren bestimmte Formulierung vielmehr zu einer kontroversen Diskussion anregen soll.

I. Jeder, dem Verstand gegeben, weiß, daß die Terroranschläge der jüngsten Zeit — die Geislerschießung in der Stockholmer Botschaft, die Attentate auf Buback, Ponto und Schleyer, der Massenmord an Leibwächtern und Chauffeuren, schließlich die Drohung mit einem Massaker an wehrlosen Zivilisten, unter ihnen Kinder und Greise, — in der Bundesrepublik Deutschland eine Entwicklung beschleunigen, die über die Liquidierung der Reste der bürgerlichen Freiheiten hinaus zu einer Entartung des Staatsapparates zu einer faschistischen Gewaltmaschine führt.

Das wissen auch die Angehörigen der bewaffneten Kommandos, die diesen Terror ausüben, also wollen sie den faschistischen Staat.

II. Niemand zieht ernsthaft in Erwägung, daß die Terrorgruppen hierzulande jemals die politische Macht oder gar den Staatsapparat erobern könnten. Alle, die sich heute um die bürgerlichen Freiheiten sorgen, erwarten den Angriff auf die Verfassung von der politischen und sozialen Reaktion, die im nachfaschistischen Deutschland hinter der bayrischen CSU und Teilen der CDU steht. Sie und nicht die Terroristen sind die Hauptgefahr in der gegenwärtigen innenpolitischen Krise.

III. Der Versuch der SPD- und Gewerkschaftsführung, der reaktionären Hetze mit einer Vorwegnahme der CSU-Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist restlos gescheitert. Die Brandt-Wehner-Schmidt haben sich so — sicherlich gegen ihren Willen — zu Gefangenen und parlamentarischen Erfüllungsgehilfen der autoritären „Abendlandsverteidiger“ gemacht.

IV. Die Law-and-order-Politik der sozial-liberalen Koalition hat diese im Volke nicht isoliert — im Gegenteil: Die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in unserem Lande identifiziert sich wieder stärker mit dem Staat und seinen Machtorganen. Auch das ist ein „Erfolg“ der Terroristen.

V. Die fortschrittlichen Kräfte — insbesondere die kritischen Intellektuellen —, die erkannt haben, daß die krisenhafte Entwicklung des Profitsystems die ökonomischen, ökologischen und sittlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes zerstört, befinden sich in der Bundesrepublik selbst in der tiefsten Krise, ohne sich dessen immer bewußt zu sein. Obwohl der gesellschaftliche Verfall ihre Systemkritik und ihre alarmierenden Prognosen eindrucksvoll bestätigt, geraten sie jetzt auch ideologisch in die Defensive.

Es gibt in der Bundesrepublik gegenwärtig keine gesellschaftliche Kraft, die fähig und darauf vorbereitet wäre, eine befreiende Umwälzung zu vollbringen. Die Entstehung des Terrorismus hier ist auch ein Ausdruck dieser Krise der „Linken“.

### VI.

Uns steht heute alles mögliche ins Haus — nur nicht die soziale Revolution.

Die Verteidigung und Rückeroberung der bürgerlichen Freiheiten im Rahmen des gegebenen Staates und sei-

ner geschriebenen Verfassung ist jetzt auf die Tagesordnung gesetzt. Nur in zurückgewonnener politischer Freiheit werden wir uns aus den ideologischen Fesseln einer bankrotten Revolutionstheorie lösen und jene neuen Lebensformen finden und erproben können, die unserem Freiheitsideal erst einen positiven Inhalt geben und so die Befreiung der Menschen aus dem Joch der Profitmacherei ermöglichen werden.

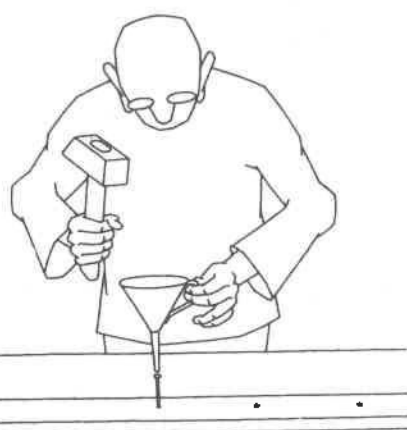
Wir behaupten, daß die Alternative zum Kapitalismus heute nicht einmal in Umrissen erkennbar und gerade das der Grund dafür ist, daß sich das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit trotz Krise und Fäulnis mit dem Kapitalstaat identifiziert und seine Wehrhaftmachung gegen alles „Linke“ fordert.

### VII.

Daß das Volk den Terrorismus der RAF und ihrer Ableger der „Linken“ zurechnet, ist historisch begründet. Wir machen uns unglaublich, wenn wir das leugnen. Ritualisierte Distanzierungen und die unvermittelte Behauptung, die Terroristen seien gar keine Linken, eher Faschisten, sind von übel. Sie werden unser Bewußtsein nur noch mehr trüben. Mit dem individuellen Terror und seinen Nutznießern werden wir nur dann fertig werden, wenn wir den schießwütigen Haß nicht nur als Zerfallsprodukt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern zugleich auch als Ausdruck der Krise der sozialistischen Bewegung insgesamt begreifen. Ulrike Meinhof war zweifellos bis zu ihrem Tode eine leidenschaftlich überzeugte Sozialistin und zu höchsten persönlichen Opfern bereit. Von den gleichen Idealen war auch Gudrun Gysi getrieben, und man wird dasselbe von den meisten anderen Terroristen annehmen können. Doch als sich das Volk ihren messianischen Bemühungen aggressiv verschloß, erlebten sie ihre totale Ohnmacht in der quälendsten Form: als Ohnmacht eines Außenseiters, das für sich die geschichtlich notwendige Aufhebung des Kapitalismus schon vorweggenommen hat und die vom Profitsystem verursachten Leiden nur noch als Verbrechen an der Menschheit begreifen kann, die den sogenannten Charaktermasken dieses Systems auch als persönliche Schuld zuzurechnen seien, gegen die radikalen Widerstand zu leisten, sie daher als höchste und unbedingte moralische Verpflichtung empfinden.

Sie sind nicht nur ohnmächtig gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern auch dem Widerspruch ihrer Motive ausgesetzt; denn — um es mit den Worten Hegels auszudrücken — in ihnen ist „das Herzklopfen für das Wohl der Menschheit“ längst übergegangen „in das Toben des verrückten Eigendunkels“. Ihr vereinzeltes Bewußtsein ist ihnen das Maß aller Politik, der Gesellschaft und der in ihr lebenden Individuen — deshalb haben sie die Individuen und die Gesellschaft gegen sich. Wo sie eine morsche und von den Menschen nur noch als Last empfundene Ordnung vermuteten, trafen sie auf ein Volk, das trotz allen Mißmut und der lauten Klagen noch bereit ist, die bestehende soziale Ordnung und ihre Gesetze zu verteidigen. Vor allem die Lohnabhängigen, voran die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, sind es, die sich im Kampf gegen die Terrorkommandos mit dem Staat und seinen politischen Organen identifizieren, ein hartes Durchgreifen bis hin zur Wiedereinführung der Todesstrafe fordern.

Diesen Bewußtseinszustand als Ausdruck der Verdummung und als Resultat der Verhetzung zu deuten, halten wir für falsch und verhängnisvoll. Diese Fehlinterpretation ist nur die: Kehrseite der marxistisch-leninistischen Staatstheorie, die sich am deutlichsten im Verhalten der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegenüber dem Staat als einseitig, also als falsch erweist. Das Kapital ist nicht das Ganze der Gesellschaft, zu

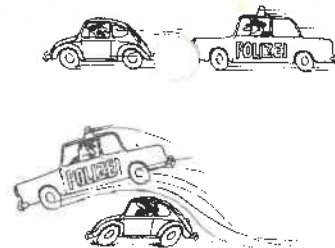


(zum lesen bitte die doppelte rausnehmen)

ihr gehören auch die Lohnabhängigen; und der bürgerliche Staat ist mehr als nur eine Gewaltmaschine zur Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Wenn er auch notwendig in Übereinstimmung mit dem Profitprinzip funktionieren muß, ist er die Wirklichkeit des allgemeinen Willens, der jedenfalls in der Bundesrepublik über den Kapitalismus noch nicht hinaus ist.

Seit Jahrzehnten erlebt die arbeitende Bevölkerung in unserem Lande — aber auch in anderen kapitalistischen Industrieländern — den Staat als eine Macht, die zwar in erster Linie das Eigentum der Unternehmer und ihre Profite schützt, die aber zugleich in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften — durchaus im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung — den Verelendungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise entgegenwirkt. Es ist heute eindeutig der Wille des Volkes, sich diesen Staat zu erhalten. An dieser Tatsache gehen die Terroristen zugrunde.

Ihren Haß und die Verachtung, die dem kapitalistischen Staat wegen seiner Verantwortung für zwei verheerende Weltkriege, für die Greueltaten des Faschismus und für die imperialistische Unterjochung der Dritten Welt gelten, übertragen sie jetzt auf alle, die diesen Staat verteidigen und am Leben erhalten, also auch auf das Volk. Die so vermittelte Volksfeindlichkeit fließt zusammen mit ihrem Kalkül, daß eine Verschärfung der Unterdrückung bis hin zu faschistischem Terror das Volk schließlich gegen den Staat empören und so den revolutionären Widerstand hervorrufen und speisen werde. Das Mao-Wort: „Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand“ — verkehrt sie so in sein Gegenteil.



Daher haben weder ihre Einstellung zum Volk, noch ihre Motive und schon gar nicht das, was sie bewirken, auch nur das geringste mit revolutionärer Politik zu tun. Wir sind Ende der sechziger Jahre aus Empörung über die in Vietnam von den US-Streitkräften an wehrlosen Zivilisten verübten Massaker zum Aufstand gegen den Imperialismus getrieben worden. Mit gleicher Empörung weisen wir alle Versuche zurück, Geiselmorde — also die Tötung wehrloser Gefangener — und Massaker an völlig unbeteiligten Zivilisten als zulässige und notwendige Formen des antiimperialistischen und revolutionären Kampfes zu rechtfertigen.

Derartige Handlungen sind auch Verbrechen gegen die Revolution. Wer sie begeht, verrät unsere Ideale — und sich selbst. Die Terroristen sind ein bedeutender Faktor im Arsenal der Reaktion — und wie diese politisch zu bekämpfen.

Die Geschichte kennt andere Beispiele dafür, daß revolutionäre Sozialisten sich auf der Seite der Reaktion wiederfanden. Benito Mussolini war auch der Führer des revolutionären Flügels des italienischen Sozialisten und einer ihrer Märtyrer gewesen; Jacques Doriot, Gründer einer faschistischen Partei in Frankreich und Organisator einer französischen SS-Division, war auch kommunistischer Arbeiterführer und zehn Jahre lang Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Frankreichs gewesen. In Deutschland personifizierten die Brüder Gregor und Otto Strasser die tragische Verstrickung sozialrevolutionärer Hoffnungen in eine reaktionäre Bewegung.

Wir behaupten nicht, daß die Terroristen von heute sich wie Mussolini, Doriot und die Strassers aus Sozialrevolutionären in Faschisten verwandelt haben; aber wir meinen, daß ihr Widerwille gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit sie zu einem zynischen Spiel mit dem Faschismus getrieben hat und sie damit eindeutig — und zwar nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv — das fortschrittliche Lager verlassen haben und zu Hilfstruppen des Kapitals degeneriert sind.

### VIII.

Nicht der Marxismus, nicht der Leninismus und auch nicht die sozialen Utopien der Anarchisten sind der Quellgrund des Terrorismus, sondern die unerträgliche Realität des Kapitals, seine in Vergangenheit und Gegenwart an der Menschheit verübten Greueltaten, die seelische und geistige Verelendung, die es verursacht.

Wenn wir die daraus entstehende zerstörerische Verzweiflung als den Ursprung des Terrorismus begreifen und uns ihm gegenüber konsequent als zu einem schädlichen und gefährlichen Zerfallsprodukt des Profitsystems verhalten; für das es keinerlei Rechtfertigung gibt, werden die fortschrittlichen Kräfte in der gegenwärtigen Krise aus der Defensive herauskommen.

Wenn wir zudem den Terrorismus als den extremsten Ausdruck der Krise der „Linken“ erkennen und so auf den Mangel unseres Bewußtseins gestoßen werden, dann kann der gegenwärtige Generalangriff der Reaktion auf alle fortschrittlichen Positionen und Kräfte zum auslösenden Moment werden für einen Bewußtseinsprung nach vorn — zurück in die Wirklichkeit, die wir dann auch werden verändern können.

### IX.

Durch die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise wird sich der kapitalistische Machtstaat weiter in einen machtvollen Kapitalstaat verwandeln, der unmittelbar den gesellschaftlichen Produktionsprozeß reguliert und über die wesentlichen gesellschaftlichen Produktionsmittel verfügt. Den daraus für das Leben und die politische Freiheit der Bürger dieses Staates entspringenden Gefahren entgehen wir nicht durch eine abstrakte, vom Volk nicht einzu- sehende Revolutionspropaganda, die die „Zerschlagung“ des bürgerlichen Staates predigt. Im Gegenteil: Dieser Nihilismus wird die Angst des Volkes vor einem sozialen Chaos steigern und die Flucht in den „starken Staat“ der Strauß und Drögger beschleunigen.

Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alkoholismus, Drogensucht, Kriminalität, Terrorismus und ein ganzer Rattenschwanz weiterer sozialer Probleme werden in der sich zuspitzenden Systemkrise ständig zunehmen. Unter dem steigenden Leidensdruck werden die Menschen solange den Staat als Nothelfer herbeirufen und ihm immer weitergehende Eingriffsrechte zugestehen, wie sie nicht kämpfend lernen, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung selbst zu regeln. Dieser gesellschaftliche Mechanismus ist wohl von den Marxisten bisher nicht richtig verstanden worden. In den Bürgerinitiativen zeigt sich heute der Keim einer künftigen freien Gemeinde. Ihn gilt es zu entwickeln.

Erst die Wirklichkeit der Freiheit wird das Dasein des Kapitalstaates aufheben. Daß die freie Gemeinde — wenigstens in ihrer Keimform — sich nicht schon im kapitalistischen Staat entwickeln könne, ist u.E. eine der zahlreichen defätistischen Irrlehren, denen wir allzu lange angehängen haben; sie wird entstehen im Kampf der Menschen um die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen, für die Herstellung einer lebensfreundlichen Umwelt, gegen den apokalyptischen Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals. Die Keime dieser neuen Gesellschaft werden sich als Gegenmacht den Wucherungen des Kapitalstaates entgegensetzen und den notwendigen Handlungsspielraum erringen und erhalten für die Entwicklung und Erprobung neuer, freier Lebensformen. Erst wenn den Menschen Inhalt und Form der neuen Gesellschaft aufgrund eigener Erfahrungen konkret vorstellbar sind, werden sie fähig und willens sein, die knechtende Form ihres gesellschaftlichen Daseins abzustreifen und ihre Fesseln zu zerreißen.

### X.

Es ergibt sich für uns daraus die Schlußfolgerung, daß der Kampf um die Erhaltung, Rückgewinnung und Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten heute unsere Hauptaufgabe ist. Wer sagt, der Kapitalstaat sei übermächtig, der Kampf um die bürgerlichen Freiheiten aussichtslos und eigentlich nur ein „Hebel“ zur Revolutionierung der „Massen“, schwächt der nicht die fortschrittlichen Kräfte, indem er sie in die ideologische Irre führt, lähmt und spaltet?

Es kommt jetzt alles darauf an, zusammenzustehen und sich vom Wolfsgeheul der Reaktion nicht einschüchtern und entnerven zu lassen. Wenn sie heute lauthals die Liquidierung der Reste des bürgerlichen Rechtsstaates fordert, müssen wir erst recht für seine bedingungslose und uneingeschränkte Verwirklichung eintreten. Der jetzt einreißende Ausnahmezustand ist ein gemeinsamer Erfolg der Terroristen und der Reaktionäre; ihn müssen wir zunichte machen, indem wir entschlossen und unbeirrbar dafür kämpfen, daß der Staat auch gegenüber den Terroristen nach den materialen und formalen Grundsätzen des freiheitlich begriffenen bürgerlich-demokratischen Rechtsstaates verfähre, denn der Rechtsstaat ist unteilbar. Wird er in bestimmten Bereichen preisgegeben, geht er auch im Ganzen verloren.

Nur unsere momentane Schwäche gibt der Reaktion heute den Schein der Stärke und Unüberwindlichkeit.

Das fruchtlose Gejammer, so schrieb unlängst Dorothee Sölle an ihre amerikanischen Freunde, in dem e Teil der deutschen Linken sich immer noch gefalle, müssen wir lassen und die Frage nach den Gegenbewegungen stellen, die praktikablen Alternativen und Strategien herausfinden. Wir meinen, daß sie recht hat.



Wir drucken hier die Rückseite eines Plakates ab, das über den Konflikt zwischen den Tag-für-Tag Kalenderfrauen und Alice Schwarzer und Ursula Scheu informiert. Auf der Vorderseite des Plakates sind die beiden zensurierten Seiten aus dem Kalender u. der Courage-Artikel („Krach beim Frauenkalender“) abgedruckt.

Was ist passiert?

Jan. 77:

Knall in der FRAUENKALENDER - Gruppe (siehe umseitigen COURAGE - Artikel).

Sept. 77:

Nach langem Hin und Her Einigung mithilfe der Rechtsanwältinnen Renate Bookhagen und Gudula Lorez verzichten auf Aufmachung, Form, Titel etc. des FRAUENKALENDERS und erhalten ihren finanziellen Anteil aus dem Kalenderprojekt in Raten zur Unterstützung von Frauenprojekten ihrer Wahl. (DM 10.000 sofort, DM 24.000 zum 1.12.77, die restlichen 21.000 DM nach Abrechnung im Laufe des Jahres 78). Im Übrigen werden die Parteien verpflichtet, verunglimpfende Äußerungen gegen die andere Partei oder deren Kalenderprodukt zu unterlassen.

Oktober 77:

Zwei Kalender für Frauen sind auf dem Markt.

Nov. 77:

Am 25.11. **EINSTWEILIGE VERFÜGUNG** des Langerichts Berlin, eingebracht von

**A. Schwarzer** und **U. Scheu** gegen Renate Bookhagen und Gudula Lorez. Darin heißt es:

1. Den Antragsgegnerinnen wird bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 500.000 DM, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten untersagt,
  - a) den auf Seite 54 der Frauenzeitschrift COURAGE Heft 8 aus 1977, abgedruckten Text mit der Überschrift 'Krach beim Frauenkalender' zur Werbung für das Verlagsprodukt TAG FÜR TAG, KALENDER FÜR FRAUEN zu verbreiten.
  - b) bei der Werbung für das Verlagsprodukt TAG FÜR TAG, KALENDER FÜR FRAUEN die Äußerung zu verbreiten, die angesprochenen Verkehrskreise hätten sicherlich von dem Konflikt innerhalb der alten Frauenkalendergruppe gehört; Hauptpunkt der Kritik von Renate und Gudula sei gewesen, daß der Kalender von nur vier Frauen gemacht wurde, nur die Politik dieser Frauen im Kalender vertreten gewesen sei und er damit keinen Anspruch mehr gehabt habe, Kalender der Frauenbewegung zu sein.
2. Die Kosten des Verfahrens tragen die Antragsgegnerinnen.
3. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 20.000 DM festgesetzt."

Dez. 77:

24.000 DM werden von Schwarzer/Scheu entgegen den Vereinbarungen nicht ausbezahlt.  
- Einspruch von Bookhagen/Lorez gegen die Einstweilige Verfügung.  
- Anlässlich der Einstweiligen Verfügung wird ein FLUGBLATT in Umlauf gebracht mit der TAG FÜR TAG Kontaktadresse Gabi Parr.

Jan. 78:

10.1. Verhandlung vor dem Landgericht Berlin. Die von Schwarzer/Scheu beantragte Einstweilige Verfügung wird vom Gericht bestätigt, der Einspruch von Bookhagen/Lorez abgelehnt. Darüberhinaus wird eine neue Einstweilige Verfügung beantragt und mit dem Ziel bestätigt, aus dem Vorwort des Kalenders TAG FÜR TAG den 2. Absatz (siehe umseitige unterstrichene Zeilen des Vorworts) zu entfernen. Neu festgesetzter Streitwert: 30.000 DM  
- Bisherige Kosten für Gericht und Anwälte: mehr als 14.000 DM, zu zahlen von Bookhagen/Lorez.  
- Gabi Parr wird von Schwarzer/Scheu aufgefordert, das Flugblatt aus dem Verkehr zu ziehen, andernfalls habe sie mit einer Anzeige zu rechnen.  
- 12.000 DM werden an Bookhagen/Lorez gezahlt.  
- Bookhagen/Lorez wird mit einer Schadensersatzforderung über 30.000 DM gedroht.



Frauen gemeinsam sind stark



Was bedeutet das?



1. Inhaltliche Konflikte zwischen Frauen und in Frauenprojekten werden auf Betreiben von Alice Schwarzer und Ursula Scheu gerichtlich ausge tragen und entschieden, und zwar nach einem Paragraphen des GESETZES GEGEN DEN UNLAUTEREN WETTBEWERB

2. Bestimmte Frauen, die mithilfe der Frauenbewegung auch ihre persönliche Karriere aufgebaut haben, finden es überflüssig, sich inhaltlich und politisch der Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung zu stellen. Sie setzen ihre Interessen vor Gericht durch.

Welche Interessen sind das?

- AUFLAGENHÖHE (des von ihnen herausgegebenen FRAUENKALENDERS)
- PRESTIGE (nur Alice Schwarzer und Ursula Scheu allein können für Qualität bürgen)
- GELD (schließlich geht es nicht um ein paar lumpige Mark!)
- MACHT (das alte Lied: haste Geld, haste Macht, kriegste Recht)

Sind Alice Schwarzer und Ursula Scheu schon so mächtig und unantastbar geworden, daß Frauen sie nicht mehr ungestraft kritisieren dürfen? Daß sie sich hinter der bürgerlich - patriarchalischen Justiz verschanzen können, die sie sonst - und zu recht - anprangern? Wenn wir in der BRD eine "Klassenjustiz" haben und eine "Männerjustiz", wie Alice Schwarzer im EMMA Nr. 1/77 schreibt, so weiß sie beides jedenfalls prima für sich zu nutzen.

Für wie blöd halten Schwarzer/Scheu uns Frauen eigentlich, daß sie denken, wir ließen uns einschüchtern, und ausgerechnet mithilfe staatlicher Apparate? Sollen Einstweilige Verfügungen gegen die TAG FÜR TAG-Frauen eine Abschreckung für uns alle sein? Wie heißt es denn das Eisen und wer kann sich daran verbrennen?

Und wenn Alice Schwarzer und Ursula Scheu anlässlich ihres Konfliktes mit den COURAGE-Frauen "...die juristisch erzwingbare 'Gegendarstellung' bisher nicht für eine unter uns Frauen angebrachte Form der Auseinandersetzung..." halten (siehe EMMA Nr. 1/78) - für wie angebracht halten sie denn das wesentlich repressivere Druckmittel Einstweilige Verfügung, deren unmittelbare Auswirkung für die TAG FÜR TAG-Frauen eine direkte Zensur ist?

Besonders Frauen wissen, was es heißt, wenn finanzielle Druckmittel gegen sie angewandt werden. Daß Schwarzer/Scheu ausgerechnet diese uralte patriarchalische Waffe gegen die TAG FÜR TAG Frauen einsetzen, mit Schadensersatzforderungen drohen und einen inhaltlichen Konflikt nur als finanziellen Konflikt im Sinne des kapitalistischen Konkurrenzdenkens begreifen können - dies alles kann in der Frauenbewegung nicht ohne Echo bleiben.  
FRAUEN SIND NICHT MUNDTOT ZU MACHEN; DENKFAUL, BEURTEILUNGSUNFÄHIG !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Frauen! informiert alle Frauen über die Methoden von Alice Schwarzer und Ursula Scheu. Wir lassen uns nicht von solchen kapitalistischen Geschäften - macherinnen Linken. Deshalb rufen wir Euch auf, die Emma, den Lila Kalender u. die Bücher, der beiden nicht mehr zu kaufen.





# DEMO-EINDRUCK

Als wir am Samstag etwas verspätet zum Knast kamen, wurde uns gesagt, daß schon eine Verhaftung von einer Frau abgelaufen ist. Das machte uns ziemlich wütend, da diese Bullentaktik, zu unserer Einschüchterung dienen soll, schon von den anderen Demos kennen (AGIT-demo am 20.1.78). Diese Wut wurde dann abregiert mit Farbeiern knallrn, Steinen. Das fand ich insofern i.O., das wir uns die Bullenprovokationen nicht wieder gefallen lassen haben, nur Scheiße, daß die Passanten mit reingezogen wurden. Unterwegs sind dann auch gute Sachen abgelaufen (Infos für Passanten und an Wänden). Als wir in der Fasanenstr. standen gleich eine neue Provo, diesmal von etwa 10 frechgewordenen Zivilbulln, als sie uns ein Stück eskortierten. Sie wurden aber gleich von ein paar Leuten mit Eiern und Steinen verjagt, diesmal ohne daß Passanten getroffen wurden. Mit den Zivils fand ich das unheimlich gut, weil die, wenn es Putz gibt, gleich an Ort und Stelle sind und man/frau in ihre Klauen fallen können. Als wir in die Hardenbergstraße einbogen, wurden wir durch ein riesiges Bullenaufgebot begrüßt. (Vielleicht eine Herde von ca. 600). Am Amerika- haus wurde gleich wieder neu provoziert durch Fotobullen, die aus einem Fenster Genossen und Genossinnen fotografiert haben. Daraufhin sind dann wieder berechtigterweise Steine und ähnliches geflogen. Dann kamen einige weniger schöne Szenen: Die Bullen nutzten gleich die Unruhe, Uneinigkeit usw. aus, und spalteten den Demozug knüppelten, schlugen und traten. Es dauerte einige Minuten, bis wir unsere Einigkeit wieder fassen konnten und zogen dann geschlossen zum Kranzler. Viele Bürger/innen guckten ganz schön dumm aus der Wäsche, als sie die Bullenherde sahen, und vereinzelt winkten einige zu uns und riefen auch einige Grüße rüber. Als dann das offizielle Demoende verhindert wurde, entstand noch mal Panik. Die inszenierte Bullenprovokation, ein Feuerwehrauto durch die Demonstranten fahren zu lassen, war wohl der Gipfel. Die Bullen knüppelten wieder, und einige Genossen, die ich dann sah, hatten Platzwunden an Kopf, Augenbrauen etc. Viele Solidaritätsgrüße hiernach an Euch. Der Demozug teilte sich dann wieder, und die meisten machten dann noch Putz in der City. Dadurch, daß der Demozug sich verkleinert hatte, haben die Bullen dann wieder Mut gekriegt, und es kam noch zu Knüppelleien und Tränengaseinsatz. Einiges haben wir vielleicht noch falsch gemacht, aber aus den Fehlern lernen wir auch. Z.B. die Panik vor dem Amerikahaus: man/frau müßten sich noch ein paar Taktiken, Aktionen usw. überlegen, z.B. die bei Bullen Eskortierung könnten einige wir um aus den Ketten raustreten und die Bullen in die Mitte nehmen. Auch könnten wir vielleicht auf anderen Demos in Westdeutschland oder im Ausland kämpfen und Erfahrungen sammeln. Das sind aber nur einige Überlegungen zum weiterüberlegen. Lassen wir uns nicht unterkriegen! Schütteln wir die 1000-fache Angst ab! Kämpfen wir um und für unsere Freiheit!



## Kundgebung wurde gewaltsam Steinhagel auf Polizisten

5000 Teilnehmer des „Tunix“-Treffens zogen durch die Innenstadt

Zum erstenmal seit langem kam es gestern in Berlin wieder zu einer gewaltsamen Demonstration. Aus dem Zug von etwa 5000 Teilnehmern an dem dreitägigen „Tunix“-Treffen in der Technischen Universität, die aus Berlin, Westdeutschland und dem westeuropäischen Ausland gekommen waren — darunter sogenannte Spontis und Stadt-Indianer sowie andere nichtorganisierte Linke — wurde vor dem Frauengefängnis in der Leichter Straße zunächst mit Farbeiern gegen Polizeibeamte und später dann vor dem Gerichtsgebäude in der Moabit Turmstraße bereits mit Pflastersteinen geworfen.

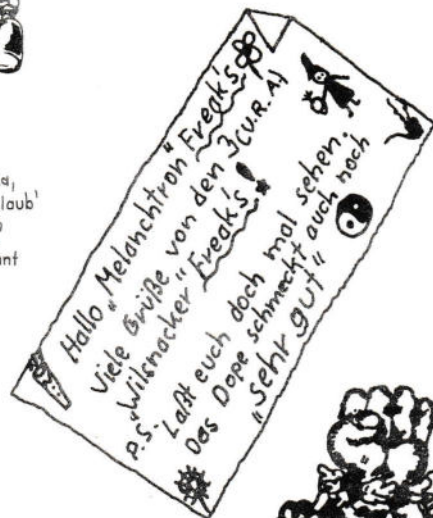
Die Polizeibeamten schützten sich mit Schilden gegen die Würfe. Einzelne Einsatzwagen der Polizei wurden von den Demonstranten mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmierd, in Moabit versuchten sie, einen Wagen umzuwerfen. Dort wurden auch die Scheiben einer Bank und eines Möbelgeschäftes eingeworfen.

Zu einem regelrechten Steinhagel kam es dann vor dem Amerikahaus in der Hardenbergstraße. Die Polizeibeamten hatten den Demonstrationzug durch Schlagstockeinsatz zeitweise geteilt, nachdem die ersten Steine gegen das Amerikahaus geflogen waren und in dem Zug aufgerufen worden war, zur Ecke Kurfürstendamm/Jochimsstaler Straße zu laufen. Daraufhin warfen Teilnehmer aus dem abgetrennten Zug einen wahren Steinhagel, so daß die Polizei zurückweichen mußte und sich der Zug wieder vereinen konnte. Er zog zum Kurfürstendamm. Bereits vor dem Untersuchungsgefängnis in Moabit war verschlüsselt durch einen Lautsprecher dazu aufgerufen worden, Steine mitzunehmen.

Die Polizei hatte 1000 Beamte eingesetzt. Mehrere ihrer Fahrzeuge wurden nach amtlichen Angaben durch Stein- und Flaschenwürfe beschädigt. Nach Mitteilung der Polizei sind 15 Schaufensterscheiben eingeworfen, und 30 Polizeibeamte leicht verletzt worden.



Hoppla,  
ich glaub  
mein  
Bier  
brennt



## Noch einer...

Als am Samstag die TUNIX-DEMO, nach irre viel Trouble, zu Ende war, hatte ich das erste mal seit langem nicht so nen Frust wie sonst nach den Demos. Also mich hat das Steine und Farbeiern schmeissen auf die Schweine, die Bankfensterscheiben u.s.w. irre gut angetörnt. Die Angst überwunden und sich wehren — ich hab keine Lust mehr mich von den Bullen verprügeln zu lassen. Denn die Bullen prügeln nicht nur wenn die Gewalt von uns ausgeht, die Schweine knüppeln auch wenn sich hunderte Leute vor der Bullenfestung Friesenstr. versammeln (das war nach der Bullenrazzia beim INFO). Die Einrichtungen der Konsumgesellschaft zu zerstören (Banken, Mercedes) macht mir jedenfalls Spaß, und es war gut zu wissen, das auch andere Leute das gleiche Feeling haben. MACHT KAPUTT WAS EUCH KAPUTT MA CHT!!! Scheiße war aber auch, daß wir teilweise nicht richtig aufgepasst haben, wie bei den Wasserwerfern wo noch Kinder zwischen uns und den Bullen standen. Also aufpassen beim Steineschmeißen! Na ja und dann die Sache mit dem Verlassen auf den Anderen, die Angst den Bullen direkt gegenüber zu stehen. Immer wenn uns die Schweine mit ihren Knüppeln gespalten haben, haben wir viel zu wenig Einigkeit gezeigt. Mann/Frau war zerstreut, von Genossen getrennt, keine festen Ketten und nicht ausgerüstet mit Helm und Knüppel!?. Ist ja auch klar, keiner hat Bock sich den Schädel einschlagen zu lassen. Für mich war's ein Anfang mit Fehlern aus denen wir lernen müssen, für die nächsten Demos und unseren weiteren Kampf. HABT MUT ZU KÄMPFEN! HABT MUT ZU SIEGEN!



WER SICH NICHT WEHRT ZUR  
RECHTEN ZEIT-  
MUS WARTEN, WAS VON IHN  
ÜBRIGBLEIBT



Eine große deutsche Fahne war mit der Aufschrift: „Modell Deutschland“ an seinen Lautsprecherwagen der Demonstranten gebunden und durch den Straßenputz gezogen worden. An der Ecke Kurfürstendamm/Jochimsstaler Straße wurde die Fahne dann vor den Augen von Polizisten und Passanten in Brand gesteckt. Unter „Modell Deutschland“ verstehen die Linksextremisten einen Staat der Berufsverbote und des Kontaktgesetzes.

Nach dem Verbrennen der Fahne wurde die Polizei die Ecke Kurfürstendamm/Jochimsstaler Straße, und die Demonstranten erklärten ihren Aufzug für beendet. In dem Zug waren von Anarchisten Transparente mit Aufschriften wie „Stammheim ist überall“ mitgetragen worden und Weg mit dem Dreck sowie „Frei Deibel“. Zahlreiche Fensterwände entlang des Demonstrationzugs wurden mit Markierungen besprüht wie: „Laßt die Agit-Drucker frei“ oder „Schon mit möglich“. Vor den Gefängnissen forderten die Demonstranten in Sprechchören: „Laßt die Gefängnisse...“



Wenn militant sein heißt, daß ich alle Möglichkeiten nutze, daß ich nur jeden möglichen Schritt tue und alle nur möglichen Aktionen, um ein für alle mal die natürliche Lebensweise des Menschen wieder einzuführen, wenn das militant ist, dann bitte ich meinen Vater, die Sonne, und meine Mutter, die Erde, daß sie mir Leben und Stärke geben, um von allen der militanteste zu sein.

Angeschuldigt sind Gerd Albartus und Enno Schwall als angebliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung (RZ), einen Brandsatz in einem Aachener Kino gelegt zu haben. Dort lief der Film "Unternehmen Entebbe". Die beiden sitzen seit dem 6.1.77 in U-Haft (früher Köln-Ossendorf, seit Prozeßbeginn in der JVA Düsseldorf, Ulmenstr.). Im selben Verfahren wird gegen Jo Schlehuber als angeblichen Unterstützer verhandelt. (Weiteres zur Vorgeschichte, dem Film und Haftbedingungen s. Info Nr. 148, Info 183-BUG 1005 und diverse IDs)

Auf abenteuerliche Weise wird eine Anklage wegen Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung konstruiert. Es geht nicht mehr um konkret nachweisbare Straftaten, sondern über eine zur Last gelegte Straftat (versuchte Brandstiftung) und eine linke Gesinnung sollen die Genossen als Terroristen abgestempelt und zur Verurteilung freigegeben werden. Als 'Beweise' dazu müssen z.B. Bücher (wie das Bommi-Buch), Zeitschriften (wie das Info-Bug), Plakate, alltägliches Werkzeug (z.B. Schraubenzieher, Bananenstecker u.ä.) und auch der über diesem Artikel zitierte Spruch erhalten. Die auf einigen Solidaritätsveranstaltungen für Gerd und Enno geschriebenen Karten wurden beschlagnahmt und als Beweis für die Existenz der revolutionären Zelle zu den Akten genommen. Allein die Behauptung, die Genossen wären Mitglieder einer "terroristischen Vereinigung - Revolutionäre Zelle" reicht aus, um aus Fotos vom Haus der ehemaligen Ministerin Waschbüsch den Beweis für eine angeblich geplante Entführung dieser Frau zu machen; ebenso wie aus handschriftlichen Aufzeichnungen ein geplanter Banküberfall konstruiert wird.

Die Gefährlichkeit der Genossen soll klargemacht werden durch:

- 1.) die Behandlung in der U-Haft
- 2.) die "sicherheitspolizeilichen Maßnahmen" während des Prozesses. Der Prozeß findet im Sicherheitsbunker, der für den Stockholmprozeß gebaut wurde, auf dem Hof der Bullenkaserne statt. Die Ausweise der Besucher werden fotokopiert, jeder Besucher wird einmal mit Sonde und einmal per Hand abgekrabscht, die Schuhe müssen ausgezogen werden, und teilweise sogar die Hose. Ein eindrucksvolles Aufgebot an schwerbewaffneten Bullen "sichern" das Gelände. Die adretten Jungs (Zivile) nehmen im Gerichtssaal die Hälfte der Zuschauerplätze ein. - Sorgt mit dafür, daß das anders wird! - Durch aufwendige und massive Observation nach dem Prozeß wird teilweise versucht, die Besucher des Prozesses einzuschüchtern.
- 3.) die Hetze in der Presse; so spricht die FAZ vom 17.1.78 von der "Schwall-Gruppe", außerdem weiß sie folgendes zu berichten:  
"Ordnet man das alles nach Zeit und Ort, nach Zielen und Zwecken, nimmt man ferner die langen Anlauf- und Umwandlungszeiten hinzu, die aus "Revolutionären Zellen" terroristische Vereinigungen entstehen läßt, dann liegt im Fall Schwall-Albartus-Schlehuber nachgerade ein Mosaik vor. Freilich

es bedarf der Beweisführung um auf überzeugende Weise durch Rekonstruktion zusammengefügt zu werden. RZs gehen erst zum verabredeten Terror über, wenn sie ihre zweite scheinbar legale Identität durch gefälschte, zuvor gestohlene Personalpapiere abgesichert haben. Die Planung eines Verbrechens, möglicherweise einer Entführung zur Freipressung von inhaftierten Terroristen, ist ohne ein entsprechendes Finanzpolster nicht zu betreiben. Das notwendige Geld besorgt man sich bei Sparkassen- und Banküberfällen. Schließlich gehört die Waffenbeschaffung dazu, wiederum scheinbar legal mit Waffenpapieren und gefälschten Waffenbesitzkarten."

Schon die erste Verhandlungswoche hat gezeigt: Richter und Staatsanwalt wollen den Prozeß so schnell und so knallhart wie möglich durchziehen. Dazu gehört auch, daß sämtliche Anträge der Verteidigung bisher abgeschmettert wurden:

1. Antrag wegen Besorgnis der Befangenheit des Vorsitzenden Wagner, da dieser den Angeklagten Schleguber und seinen Anwalt durchsuchen läßt, obwohl dazu keine rechtliche Grundlage besteht. Als unbegründet abgelehnt.
2. Antrag auf Aussetzung des Verfahrens um einen Monat und gemeinsamen Umschluß für Gerd und Enno zur besseren Prozeßvorbereitung (zumal gemeinsame Anklage vorliegt). Abgelehnt, weil durch Umschluß der Zweck der U-Haft gefährdet würde.
3. Antrag auf Abtrennung des Verfahrens gegen Jo, wegen Geringfügigkeit des Verhandlungsgegenstandes. Als nicht zweckmäßig abgelehnt.
4. Antrag des bestellten Zwangsverteidigers von Gerd auf seine eigene Entpflichtung, da sein Mandant durch drei verteidiger seines Vertrauens ausreichend verteidigt wird und sich der Zwangsverteidiger als Behinderung der Verteidigung empfindet. Es folgen Anträge der Wahlverteidiger von Gerd und Enno auf Entpflichtung der Zwangsverteidiger ihrer Mandanten und auf ihre eigene Bestellung als Pflichtverteidiger. Der Vorsitzende Wagner will

uuer diese Anträge ausserhalb der Hauptverhandlung entscheiden und verläßt während der Rede einer Verteidigerin panikartig den Gerichtssaal.

5. Antrag wegen der Besorgnis der Befangenheit des Vorsitzenden Wagners, weil er 1. durch Nichtbestellung der Wahlverteidiger als Pflichtverteidiger die Verteidigung behindert hat, 2. durch Ablehnung des Umschlusses eine ausreichende Prozeßvorbereitung unmöglich macht, und 3. Gerd und Enno bereits für schuldig halten muß, weil er sonst das Umschlußverbot nicht mit Verdunkelungsgefahr begründen könnte. Als unbegründet abgelehnt.
6. Antrag wegen Besorgnis der Befangenheit von Wagner, da dieser ohne konkrete Anhaltspunkte Enno nach den Ereignissen in Stammheim Selbstmordgefahr unterstellt und ihn damit willkürlich bestimmte Zusammenhänge mit "terroristischen Kreisen" unterstellt. Als unbegründet abgelehnt.

7. Antrag auf Einstellung des Verfahrens soweit es den § 129a betrifft. Begründung: Die Bestimmung des Organisationsdelikts ist in der Anklageschrift völlig unbestimmt. Eine wirksame Anklageschrift bedarf einer genauen Bezeichnung der Mitglieder, Organisationsstruktur und Zwecksetzung einer Terroristischen Vereinigung. Die Anklage hingegen läßt völlig offen, welcher terroristischen Vereinigung die Angeklagten angehört haben sollen. Genannt werden wahlweise eine RZ, dann wieder unbestimmt viele RZs, dann wieder eine RZ- Kämpfer für ein freies Palästina, ohne nähere Bestimmungen derselben vorzunehmen. Die Anklageschrift erwachse aus der Not der Anklagebehörde, eine oder die terroristische Vereinigung nicht genau bezeichnen zu können, der Gerd und Enno angehört haben sollen, als auch der Gefahr, für den Fall der Festlegung auf eine bestimmte Vereinigung in Beweisnot zu geraten. Das Gericht hält die Anklageschrift für ausreichend, und hat den Antrag abgelehnt.

Looken  
sind  
gefüllt

vorwärts und nichts  
vergessen!



An diesem Punkt wird deutlich, welch ungeheures Machwerk der § 129a ist, und was dieser Prozeß auch für die gesamte Linke bedeutet, da er exemplarisch klarmacht, wie eine terroristische Vereinigung konstruiert werden kann. Obwohl die Voraussetzung des § 129a (die mindestens 3 folgenden Merkmale aufweisen muß: es müssen drei namhafte Mitglieder nachgewiesen werden, die zur Erreichung eines bestimmten Zieles mehrere gemeinsame Straftaten geplant und begangen haben müssen) in diesem Fall nicht erfüllt ist, wird die Konstruktion der terroristischen Vereinigung krampfhaft aufrechterhalten. Hier wird also eine terroristische Vereinigung zusammengebastelt mit zwei angeblichen Mitgliedern und vielen, vielen unbekannten Mitgliedern, und einem Unterstützer und vielen, vielen unbekannten Unterstützern. Diesem Phantom können dann irgendwelche beliebigen Individuen (je nach Bedarf als Mitglieder oder Unterstützer) zugeordnet werden. Damit eröffnet sich für die Staatsapparate für die weitere Handhabung von § 129a Prozessen ungeahnte Möglichkeiten.



Dieser Prozeß dient als Schauprozess, der der gesamten Linken klarmachen soll, daß jeder der nächste sein kann, der es wagt, den vom Staat festgelegten Rahmen von Unmutsäußerungen zu verlassen. Im weiteren Prozeßverlauf der ersten Woche hat Gerd nach Verlesung der Anklageschrift seine Einlassung zur Sache gemacht (Zu seinen Haftbedingungen, zum Palästina-Konflikt und zur Sache selbst). Wir wollen jetzt hier keine Auszüge daraus wiedergeben, sondern versuchen die gesamte Erklärung demnächst zu veröffentlichen. Wir wollen euch regelmäßig über den weiteren Prozeßverlauf informieren. ABER SCHAUT EUCH DAS SCHAUSPIEL MAL SELBER AN, KOMMT MAL HIN- DIE GENOSSEN FREUEN SICH DARÜBER !! Prozeßtermine: Düsseldorf, Lippehaus, Tannenstr. ... 31.1.; 1.2.; 3.2. je 9,30 Uhr; 8.2. 12 Uhr; 10.2. 9,30 Uhr; 14.2.; 15.2.; 17.2. 21.2.; 24.2. je 10 Uhr Bringt gültige Personalausweise mit!

Kontakte über:  
Prozeßbüro Albartus, Schwall, Schlehuber  
c/o Buchladen Konkordiastr. 81  
4000 Düsseldorf - Bilk  
Tel. 0211/ 396514  
Spendenkonto: Solidaritätskonto Albartus u.a.  
Sparkasse Bochum-Querenburg Kto.Nr. 133072991  
BLZ 43050001

Viele Grüße  
an Euch



## HAMBURG UND ANERSWO

In Hamburg wollten zwei Genossinnen in der Sylvesternacht Fahrscheinautomaten zerstören. Einer ist explodiert. Christa ist dabei tödlich verletzt worden und Barbara schwer. Wir kennen die beiden Schwestern nicht, doch ihr Tod und ihre Verletzungen haben uns wahnsinnig getroffen. Da sind zwei junge Genossinnen zum neuen Jahr losgezogen-hatten was Besseres vor, als sich mit alkohol volllaufen zu lassen, wollten statt leerer Sprüche und schaler Hoffnungen auf bessere Zeiten das neue Jahr mit brennenden Fahrscheinautomaten, mit einem Stückchen NULLPARIE für alle beginnen. Jetzt weiß jeder, warum es zu dieser Katastrophe gekommen ist, jetzt kann jeder Bildschreiberling runterrasseln, daß bei Benzin- Luft-Gemischen ein Funke genügt und daß in einem Stromkreislauf jeder Zeit ein Funke auftreten kann und daß ein Automatengehäuse wie eine gigantische Verdämmung (Druckbehälter) wirkt. Aber Christa und Barbara wußten es nicht, als dieses Wissen für sie lebensw

ichtig war, und viele andere wußten es nicht, die nochmal Glück gehabt haben. Und das macht uns neben unserem Schmerz unheimlich wütend und verzweifelt.

In diesem verfluchten Land viel zu viel über Widerstand gequatscht und philosophiert, so lange, bis es die Besten nicht mehr aushalten, sich einen Benzinkanister schnappen und losrennen. Daß es immer mehr werden, das liegt nicht an den "Verführungskünsten" der Guerilla, wie viele Biertischstrategen gerne behaupten, dafür sorgen allein schon die unerträglichen, grausamen Bedingungen hier. Niemand wird die, denen es hier allmählich ganz dicken reicht, aufhalten können, darum geht es nicht, es geht darum, sie dafür besser auszurüsten. Rennt nicht einfach los, sondern schnappt euch ein Chemiebuch und schaut nach, was ihr da eigentlich durch die Gegend tragen wollt. Wir sind nicht in palästinensischen Lagern oder in Nordirland aufgewachsen, wo die Kinder schon lernen, wie man sich wehrt, welche effektiven Mittel es gibt und wie man/frau sie optimal einsetzt. Optimal, das heißt, daß sie dem Gegner Schaden und nicht uns. Wir sind in einem Land aufgewachsen, in dem Widerstandserfahrungen so gut wie überhaupt nicht entwickelt bzw. vermittelt wurden. Denn Widerstand bewaffnen heißt zunächst, sich mit dem Wissen über Praktiken und Techniken des Widerstandes auszurüsten. Je mehr ihr darüber lernt, umso mehr Handlungsmöglichkeiten tun sich auf, und die Gefahr für euch selber wird auf ein Minimum reduziert. Wenn ihr auf einem Gebiet sichere Erfahrungen habt, dann bringt sie unter die Leute, damit andere nicht unnötige Fehler machen. Wäre dies früher und massenhaft geschehen, könnte Christa vielleicht noch leben und Barbara gesund sein. Insofern sind wir alle für das, was in Hamburg passierte, mitverantwortlich. Das ist furchtbar.

hm schön

## Die landeseigene Prominenz soll nur noch Schwarz fahren



„Nach uniformierten Kontrolleuren hält man vergeblich Ausschau; die Stadtwerke nutzen den Vorteil der taktischen Überraschung.“

### Sprengstoffanschläge in Frankfurt nach Fahrpreiserhöhungen

Frankfurt a. M. (dtp/AP) Bei zwei Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen des Frankfurter Verkehrsverbundes (FVV) ist am Freitag Morgen schwerer Sachschaden entstanden. Nach Vermutungen der Polizei stehen die Attentate im Zusammenhang mit der jüngsten Fahrpreiserhöhung des Nahverkehrsunternehmens. Bei einem der Anschläge, die sich gegen Fahrkartenselbstverkaufsstellen richteten, sprengte eine Bombe das 20 Zentimeter starke Betondeck eines Flachbaus des FVV mit Verkaufsmaschinen und Wartebänken für das Publikum. Die Betonbrocken flogen dabei fast 330 Meter weit.

Auch wenn die Bullen die Kräfte haben  
Kühe gemeinsam sind stark

Nachrichten vom Land.



Zur Demo vom 20.1. zur Freilassung der  
Agitdrucker



Das Flugblatt zur Demo habe ich von guten Freunden in die Hand bekommen, die es gerade gedruckt und gemacht hatten und die direkt mehr mit den Agitleuten zu tun haben, als ich. Da ich die Freunde sehr gern mag, fühlte ich mich verpflichtet, auf die Demo zu gehen, eigentlich hatte ich keine Lust. Aber sonst hätte ich den drei Agitdruckern meine Solidarität verweigert!! Um 18 Uhr habe ich mich endlich aufgemacht, und die Demo gesucht--mit ungutem Gefühl... Auf dem Taunus kündigte die BVG mit Lautsprechern an "anlässlich einer Demonstration fahren ca. die nächste halbe Stunde keine Busse, Bitte nach Möglichkeit die U-Bahn benutzen." Bullen in Grüppchen ums Ka De We, wenige Passanten, denn es war halt Geschäftsschlusszeit, etwas erschreckt durch Lautsprecheransage und Bullen, leere Straßen. Die Demo sah ich von Weitem schon durch die vielen Blaulichter der Bullenwagen, als ich ganz nah war, hörte ich etwas Musik, einige Parolen, Fackeln, die linke Szene, aber ich war enttäuscht. Nachdem der Aufruf fast 1 Seite lang von Gruppen unterzeichnet war, hatte ich machtvollere Blöcke erwartet und suchte immernoch die PH, als schon der K-Gruppenschluß als Ende an mir vorbeizog. (Die PH war noch da hinter Ätsch der Co-Autor)

Dann rannte ich wieder vor und fand liebe Leute bei denen ich blieb (in der Reihe!), lahme Gegend, kaum Wohnhäuser, Bullen als Begleitschutz links und rechts....

Es war nicht mehr der Sinn, durch wirklich viele Leute massiven Protest auszudrücken, inhaltlich durch verständliche Parolen den Leuten zu sagen, worum's geht (aber nicht mit "weg mit...") aber Leute waren ja kaum da. Die Stimmung war wie ein Trauerzug, nicht wie Widerstand!

Das Juchzen und Rennen und Indianergebrüll hat uns Spaß gemacht, aber ich hab den Eindruck, daß es Insidertum bedeutet und alle Passanten verschreckt und ihren Vorurteilen "berechtigte" (verständlicherweise) Nahrung gibt!!!

So ne Demo tut nur noch dazu, eigene Leute zu dehnen und die Wut gegen Bullen und unseren Staat hochkommen zu lassen ~~und Kontrolle werden~~ ~~werden zu lassen~~. R. neben mir zitterte, nicht nur aus Kälte, sondern weil ihm klar wurde, daß ne Prügelei mit den Bullen auch noch kommt.

Linke Pflichterfüllung so ne Demo ???

Ist das noch der eigentliche Sinn, Bullen immer mehr zu hassen, sie zu provozieren (an Sprüchen mußten sie heute einiges einstecken) sich provozieren zu lassen und zum Abschluß verhafteten sie einen von uns!! und wir ratlos, zu wenige, einige angstvoll, kalt, was sollten wir tun? Gleich stehen und sitzen bleiben, vor Mercator



stehenbleiben, bis der X wieder frei wäre??? das taten wir dann und wurden dabei immer weniger, der Sarg wurde angezündet mit Flugblättern, KVZ's und Benzin, die zu Grabe getragene Pressefreiheit verbrannt und wir wärmten uns ein wenig daran.

Dann zum Polizeirevier, immer weniger Leute und mehr Bullen.....

Das Ergebnis unserer Demo: noch einer mehr drin anstatt die 3 Agitleuten rauszukriegen (X ist aber wieder frei) *Das ist ja mehr symbolisch gemeint*

So, bis hier hin hab ich mir das alles erstmal von der Seele schreiben müssen. Daraufhin hab ich's mit nem Freund durchgequatscht, und wir wollen das Folgende zur Diskussion stellen: Warum gehen wir so ungerne zu ner Demo? weil sie uns wirkungslos erscheint und wir nur Füll(masse) sind. Wir wollen lieber als Personen aktiv handelnd was unternehmen. Wie wäre es z.B. wenn wir uns alle zusammenfinden würden, um dann in alle Richtungen auszuschwärmen und die Leute anzusprechen, versuchen, die Menschen im Gespräch zu informieren und klarzumachen, worum's uns geht. Dann sind 3000 Leute sogar noch unheimlich viel. Ich selber habe die Erfahrung gemacht bei Interviews zu Hochschulrahmengesetz und Studentenstreiks. Es wurden dann gar keine



richtigen Interviews, sondern teilweise sehr intensive Gespräche, wo ich dann von Passanten Verkäufer/in u.a. selber ausgefragt wurde! Dies hat mir gezeigt, daß "die Leute" sehr wohl ansprechbar sind und auch Interesse für unsere Probleme haben. Zwei fanden es ausdrücklich gut, so auf persönlicher Ebene angesprochen zu werden.

Oder z.B. als Trauermarsch alle in Schwarz hinter dem Sarg schweigend die Pressefreiheit zu Grabe tragen. Ich glaub, da würden mehr Leute gucken und aufmerksam werden.

Wir wagen auch noch, die Parolenfreiheit in Frage zu stellen. Es scheint nicht besonders sinnvoll, Parolen und Transparente von A bis Z zu rufen bzw. zu tragen, wenn die Demo EINEN ganz KONKRETEN Anlaß hat.

Wenn wir ein Gefühl haben, daß wir mehr erreichen (als jetzt), ist unsere Motivation vielleicht nicht mehr so abstrakt, tragen wir unsere Solidarität nicht mehr nur vor uns her und dann wieder nach Hause zurück!!!!

Damit ist allerdings ein anderes Problem noch nicht gelöst: wenn wir uns links, Fortschrittlich oder sonstwie nennen, besteht andauernd die objektive Notwendigkeit zu allen möglichen, auch wirklich wichtigen Demos und Veranstaltungen zu rennen (Genießen in Massen!). Aber dieses Problem können und wollen wir in diesem Artikel nicht knacken nur anreißen.

Vielleicht ~~gibt es~~ eine andere oder ein anderes ein anderes Mal!



# FEUERWACHE - PROZESSE

Seit 2 Wochen wird ein Prozess nach dem anderen gegen Mitglieder der BI Feuerwache eröffnet. Und zwar handelt es sich um Leute, die am Tag des Abrisses der Wache (14. 6. 77) nicht in, sondern vor der Wache von den Bullen bei irgendwelchen Festnahmeaktionen einkassiert wurden. (Die Leute, die bei der Stürmung durch die Bullen im Haus angetroffen wurden, bekamen auf Beschluß des Bezirksamtes Generalamnestie zugesichert; wurde bisher auch eingehalten) Da stehen jetzt also demnächst Leute vor Gericht, weil sie angeblich mit Hühnereiern auf die Bullen geschmissen haben, die die Absperrung in der Reichenberger Str. bewachten, in einem Fall wurde von einem auf der Straße zerplatztem Ei die Uniform eines Bullen durch zwei Spritzer verschmutzt. Letzte Woche wurde einer zu 30 Tagessätzen a 10 DM (arbeitslos) verknackt, weil er die Bullen, die ihn nicht ins Rathaus lassen wollten angeblich mit "Nazis, Votzen;" beschimpfte und ihnen "ihr stinkt ja alle nach Scheiße" zugerufen haben soll; dafür also 300 DM! Dabei wurde sein Antrag auf Vertagung der Verhandlung, weil er keinen Anwalt dabei hatte mit der Begründung abgelehnt, er hätte sich nicht ausreichend drum gekümmert. Wer in Sachen Justiz nicht ausreichend durchblickt und nicht weiß, wie er sich an wen wenden kann, hat eben Pech geb.

Um im Rahmen des Möglichen Hilfestellung zu leisten, gibt es einen Ermittlungsausschuss der BI Feuerwache: c/o Bernd Laurisch, 1-44, Lenastr. 20/6234968

Da die Betroffenen genau wie wir recht arm sind, brauchen wir noch dringen Spenden aufs Rechtshilfekonno: Berliner Bank Kt. Nr. o 758 911 500

Sonderkonto Feuerwache, werner nitschke

Die nächsten Prozesse, von denen wir bisher wissen, finden am Montag, den 13. 2. 78 um 12 Uhr Turmstr. Raum 101 (Sachbeschädigung=Eierwerferei) und am Mittwoch, den 15. 3. 78 statt. Von zwei weiteren wissen wir noch nichtsden genauen Termin, wird im nächsten Heft noch genau bekanntgegeben.

HOCHACHTUNGSVOLL:

Der Brandmeister F. EUER



Hallo Fracks! Solltet ihr hoch irgendwelche Möbel (Tische u. Stühle) überhaben, Euch bei mir! meldet. Können auch Matratzen oder Teppiche sein, Können auch Eure KOB's sein! Is nämlich kalt dieses Jahr! Telefon: 612 11 53 oder: 693 11 53 verlangt nach Ralf

ANZEIGE

Suche Hobel+Stich-Säge+anderes Tischlerwerkzeug.

Tel. 6184664 Abends



Noch kleineanzeigen + Termine

Termine vom Selbsthilfela den 13. Mond Chamissoplatz 8, 1 Berlin 61, Tel.: 693 5035:

- 1. Montag im Monat 20° Kräutergruppe
- 1. Dienstag " " 18° Selbstuntersuchungsgr.
- 1. Mittwoch " " 20° Massagegruppe
- 1. Donnerstag " " 18° Ernährungsgruppe
- 1. + 3. Freitag " " 18° Hausgeburtengruppe
- jeden Dienstag 20° Plenum
- jeden Freitag 17° offener Abend



FESTER WOHNSTITZ

Ferdi K./30 Jahre vorbestraft: neun mal verheiratet geschieden ein Kind

bergbaulehre unter tage: drei Jahre erste straftat: diebstahl rezession

kreislaufschwäche magengeschwüre tätowiert kohlenarben

fester wohnsitz: reformknast Stadelheim reformknast Klingelpütz reformknast Preungesheim

weihnachtsamnestie '73 zur bewährung entlassen ins Märkische Viertel

R.P. Zahl

U 67 34 36 78 35 37

was ich schon seit einiger zeit gerne einigen sagen wollte (einigen gen. aus der alten, gestandenen III. urb... ich fands toll mit uns damals, und in der erinnerung wirds immer toller, weil es wichtig, weiterbringend, lieb, zersetzend, anstoßend, einfach irre viel war. Und wenn wir uns jetzt manchmal, auch wenn wir schon jahrelang nicht mehr zusammenleben, irgendwo treffen, überfällt mich öfters so ein gefühl von großer familie, aber im positiven sinne. Und das ist für mich ne tolle erfahrung!!!

(Fortsetzung würde gerne folgen.)



# Guter Rat für den täglichen KleinKrieg

Viele Vermieter knöpfen uns zuviel Miete ab. Das muß nicht sein, denn es gibt in Berlin noch für Altbauwohnungen festgesetzte Mieten, die nicht überschritten werden dürfen.

Wie hoch die festgesetzte Miete ist, erfahren wir von der Mietpreisstelle (Telefonnummern siehe unten). Man ruft da an, sagt, wo die Wohnung liegt.

wie sie ausgestattet ist usw. Dann bekommt man die Grundmiete für einen Quadratmeter gesagt, die man mit der Quadratmeterzahl malgenommen wird. Da haben wir die Grundmiete. Dazu kommen noch Umlagen (Müllabfuhr, Wasser usw.) und Geld für Wertverbesserungen (Einbau von Bad, Zentralheizung oder so). Wieviel das ungefähr ist, sagt einem auch das Mietpreismat. Wenn jetzt alles zusammengezählt ist

(Grundmiete + Umlagen + Wertverbesserung), haben wir die Miete. Allerdings ist das eine Überschlagsrechnung und deshalb erstmal nicht rechtskräftig. Was tun?

Wenn die errechnete Miete von der im Mietvertrag stehenden um mehr als ein paar Mark abweicht, kann man zu einem Linksanwalt gehen und ihn fragen, ob es Aussicht auf Erfolg hat, die Miete herunter zu klagen (Vorsicht, viele normale Anwälte sagen einem nicht, ob die Sache Zweck hat oder nicht - sie kommen auf jeden Fall zu ihrem Geld, ob Du den Prozeß gewinnst oder nicht!). Wenn die Miete aber stark abweicht, hats meist Aussicht auf Erfolg.

Der Anwalt schreibt dann ne Klage ans Amtsgericht, das Amtsgericht läßt dann ein Gutachten erstellen vom Mietpreismat, wobei dann die genaue Miete errechnet wird (in der Regel kommt deshalb mal ein Herr vom Wohnungsamt, um die Wohnung preislich einzuschätzen. Er beißt aber nicht.) Das dauert vielleicht drei Monate, dann stellt das Amtsgericht aufgrund des Gutachtens fest, ob der Hausbesitzer zuviel Miete verlangt hat. Wenn ja, dann muß die Miete nicht nur gesenkt werden, sondern man kann auch noch all das zurückfordern, was man zuviel gezahlt hat - bis zu einem Jahr zurückliegend. Man kann auch selbst beim Mietpreismat ein Gutachten in Auftrag geben, aber das dauert dann noch länger als wie wenn mans übers Amtsgericht machen läßt.

Wenns klappt, brauchen wir weniger Miete zahlen, bekommen vielleicht noch eine Rückzahlung und der Anwalt geht auch nicht leer aus. Der "Ausherr" muß dann nämlich auch die Prozeßkosten zahlen, wenn er zuviel Miete verlangt hat. Dafür sollte man sich schon mal die kleine Mühe machen.

Die "ausbesitzer, die zuviel Miete verlangen, machen das meist im ganzen Haus oder allen ihren Häusern. Die meisten Leute wissen nichts davon. Wir können

- mit unseren Nachbarn darüber reden
- diese Anleitung vervielfältigen und an alle verteilen
- eine Wandzeitung dazu in den Hausflur machen oder damit eine graue Wand verschönern, damit noch mehr Leute was davon haben
- diese Anleitung auf türkisch übersetzen
- Adressen von Mieterinitiativen oder -beratungen stellen im Stadtteil beifügen sowie Adressen von Anwälten beifügen, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben.

## Mietpreisstellen der Bezirke

Kreuzberg	2588 - 2557	im Rathaus
	oder - 2564	
	oder - 2568	
Neukölln	6809 - 2954	am Weigandufer 45/47
	- 2956	

Charlottenburg	34 10 01	App. 368 verlangen!
		im Rathaus
Schöneberg	783- 1	Mietpreisstelle verlangen!
Steglitz	79 10 41	Mietpreisstelle verlangen!
Reinickendorf	4194 - 4208	Alt Reinickendorf 45
Wedding	4577079	im Rathaus
Spandau	3303 - 3383	Kirchgasse 3
Tiergarten	3905 - 637	im Bezirksamt
Tempelhof	750261	Mietpreisstelle verlangen!
Zehlendorf	801081	Mietpreisstelle verlangen!
Wilmersdorf	870291	App 697 verlangen!(Rathaus)

## Französische Piratensender untergraben Rundfunkmonopol

Rund ein Dutzend Kleinsender — Vor allem Umweltschützer aktiv

Paris (dpa). Vor den verdutzten Augen seiner Gesprächspartner bei einer Fernsehdiskussion holte Brice Lalonde, einer der Führer der französischen Umweltschützer, ein kleines Radio aus der Tasche. Aus dem Transistor meldete sich „Radio Grün“, und verkündete die Geburten von Fernseherschauern die Geburtsstunde der französischen Untergrundradios.

Das war im Frühjahr vergangenen Jahres. Heute gibt es in Frankreich etwa ein Dutzend Piratensender verschiedener Richtungen, vor allem aber der Umweltbewegung. Französische Zeitungen fragen, wie lange das staatliche Rundfunkmonopol die Wahlen im März noch überleben wird.

Mit technischen Geräten für meist weniger als 5000 DM und schwachen Sendern, die oft nur ein paar hundert Meter weit reichen, melden sich die Wellenpiraten in den meisten Regionen Frankreichs. Wie „Radio Fessenheim“ im Elsaß protestieren sie gegen Atomkraftwerke, diskutieren in Paris über Stadtteilprobleme, wollen Frauengruppen und Arbeitslosen helfen oder senden für Minderheiten in bretonischem, baskischem oder flämischem Dialekt.

**Sender baumelte am Drachen**  
Allen gemeinsam ist die Angst vor der staatlichen Rundfunkverwaltung TDF und der von ihr in Marsch gesetzten Polizei. Vor einigen Tagen mußte das flämischsprachige „Radio Uylenspiegel“ die Sendeeinrichtung abgeben, davor wurde „Radio Abesses“ auf dem Pariser Montmartre aufgespielt.

Aber die Polizei hat es schwer, die Sender, die sich meist nur kurz und über wenig genutzte Frequenzen melden, zu wechseln ständig

die Positionen. Eine Antenne, die in einem Baum versteckt ist, auf ein Auto montiert wurde oder gar am Drachen eines kleinen Jungen baumelt, ist nur nach tagelanger Suche zu finden. Auch besteht der Eindruck, daß die Polizei nur mit halbem Herzen bei der Sache ist, solange die Piraten es vermeiden, den lebensnotwendigen Frequenzen von Flugleitern, Polizei und Feuerwehr ins Gehege zu kommen. Als neuestes Mittel hat sich die Rundfunkverwaltung deshalb einfallen lassen, mit ihrer ungleich stärkeren Sendekraft die Piratensendungen einfach zu übertönen.

### Fürsprecher mehrten sich

In der letzten Zeit mehrten sich die Fürsprecher der Radioamateure. Ein Richter in Montpellier lehnte die Verfolgung eines Senders ab, weil das in der europäischen Konvention festgelegte Grundrecht, sich „frei über alle verfügbaren technischen Mittel“ auszudrücken, höher zu bewerten sei, als das staatliche Monopol. Der Richter, gegen dessen Urteil Berufung eingelegt wurde, sprach mandanten Interessenten aus dem Herzen.

Darunter sind auch Politiker aller Schattierungen sowie Interessengruppen. Fachleute glauben, man könnte allein in Paris 40 Kleinsender arbeiten lassen und einen Werbemarkt auch für den Händler an der Ecke eröffnen. Sogar die französische Musikrechtsfirma soll sich zurückhalten, um nicht mögliche Geldquellen der Zukunft zu zerstören. Außerdem wird von Protektion auf höchster Ebene gemunkelt: Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing soll der neuen Bewegung wohlgesonnen gegenüberstehen.

Und dies, liebe Traumstädter - bitte fällt jetzt nicht in Ohnmacht - ist für uns Ausdruck eines im Grunde leninistischen Politikverständnisses. Entlarvend der Artikel auf Seite 6/7. Lenin beharrt auf der Trennung zwischen bewußten Kadern und den bewußtlosen Massen: da die Arbeiterklasse aus sich heraus kein sozialistisches Bewußtsein entwickeln kann, ist die Intervention der Besitzer des richtigen Bewußtseins notwendig. Auch Ihr seid offenbar (als "antiautoritäre Sozialisten"?) etwas Besonderes:

Wie könnt Ihr sonst bei einer Zeitung (Inio) die fehlende "Verankerung" bemängeln? Zu "verankern" ist doch immer nur etwas Fremdes, Äußerliches.

Wie könnt Ihr reden von der "sozusagen in Konfrontation mit der Realität" stehenden "Szene". Ist die Szene für Euch keine Realität, unsere, Eure?

Begreift Ihr Euch, die Ihr Euch "in die Verhältnisse einmischen" wollt, als außerhalb stehend, als etwas Besonderes? Steckt Ihr nicht immer schon drin, wenn Ihr nur die Augen aufmacht: Im Stadtteil, an der Uni, in Euren Beziehungen, auf Arbeit? Nur logisch ergibt sich aus Eurem Denken die Denunzierung der Alternativprojekte, die nicht begriffen werden als Möglichkeit der Realisierung neuer Lebensformen, als eine Möglichkeit des Widerstandes und des Kampfes, sie sind für Euch nur "vor sich hintreibende Eisschollen auf dem Fluß der Repression" (6).

Kein Wunder, daß Ihr selbst den Traum noch zum Programm erklären wollt: §§ 1-7, auf Seite 8.

Der Rest von Seite

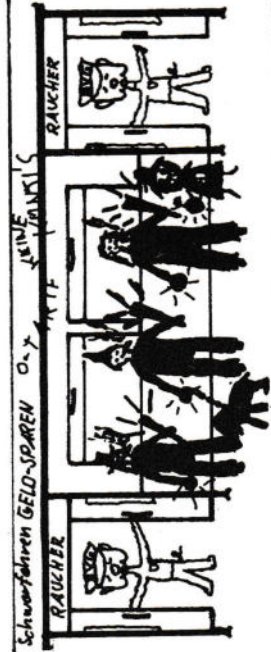


# Ein Kämpfender Raucher!

(Couch Dore)

Ich bin immer frustriert wenn ich mir in der Öffentliche U-Bahn eine Zigarette (Pfeife) anstecke, und dann bestimme Bürger (vielleicht Berechtig) anfangen zu motzen. Ich erzähle ihn dann, das wegen einer launischen Pifke Bestimmung nicht zigtausende Arbeiter/lin zu Nichtraucher werden. Dann höre ich immer das ich Provo bin und some sachen.

ICH FORDERE: (Ich will auch mal jagen)  
alle entlassene Putzfrauen/ß wieder einzu stellen, eine Fahrgäste Befragung ob RAUCHER o. NICHT RAUCHER, eine sauberen Bahnhof u. auch Luft und keine Geisterzüge (asloer-stilte) sofortige entlassung aller Kontis und keine, Fahrpreiserhöhung bis 2078! Sonst.....  
Hochachtungsvoll: O. TARIFF



Was hat BVG mit Umweltschutz zu tun?!

Um es gleich zu vergleichen: Nicht viel. Neulich hatte ich doch mal wieder keinen gültigen Fahrausweis dabei, wurde erwischt und kam ums Lösen nicht herum. Ein Freak, der das freuige Schauspiel mit ansehen mußte, meinte, daß es, seit man in der U-Bahn nicht mehr rauchen darf, viel mehr kontrolliert gibt immerhin war gerade Sonntag. Ich verstand das ein nicht. "Na klar, was an den Reinigungs-kraften ein gespart wird, kriegen die Kontrollleits zugebütet". Also, mir kam "Damit die Umwelt sauberer wird", schon Immer etwas hilflos vor. Vielleicht ist die BVG für Verbesserungs-vorschläge an Ihren Plakaten dankbar?!  
von Tuni wie wars damit!

Der Kampf kann weiter gehen (last euch auch noch was einfallen) 21-



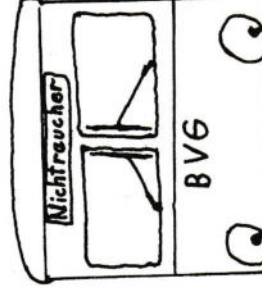
Schwarzfahren muss sein

Nothilf statt Polizeireform

① Schwarzfahrer sollten beachten das man nur den ersten u. letzten Waggon betritt, und immer wachsam an der Tür stehen! Ein paar alte Fahrscheine den hechte: schon Kontis vorzeigende Legalis! Ausweis verlangen weil die Maschinchen meistens nur eine Karten se u. Zahl hen wollen! Schwarzfahren nur höchstens im Bus gehen meistens nur für Kontis! Umsteige Stationen. Mit Anzuge! Bei einer alten Karte einfach Vor Wichtig zeigen! Die Fahrer sind so müde ster das sie keine Lust haben jährls Hin = Fahrschein zu besetzen. Falls es denn schon zu spät ist, gibt es noch, eins (Ihr wisst schon!) "hö, Bong"

Ab 1.1.78 Nichtraucher in allen U-Bahnzügen

Damit die Umweltsauberer wird Aber wir haben mehr Geld für Kontis!



Keine Geisterzüge



Charlie meint:





# Der Senator für Bau- und Wohnungswesen

## BERLIN

Senator für Bau- und Wohnungswesen  
1 Berlin 31 (Wilmersdorf), Württembergische Str. 6-10

Liebe Berlinerinnen!  
Liebe Berliner!

Berlin ist - mit Recht - sehr stolz auf Tugenden wie Eigeninitiative und Originalität. Hinzu kommt die Liebe der Berliner zu ihrer Stadt.

Diese Tradition gilt es zu pflegen und insbesondere fortzusetzen. In der Vergangenheit, aber auch gerade in der jüngsten Zeit, ist aus Kreisen der Bevölkerung teilweise heftige Kritik geübt worden an der grauen und mithin langweiligen Fassade einiger Stadtteile in Berlin. Ueber diesen Unmut haben wir lange nachgedacht.

Er hat uns bewogen, ein bis heute lange vorgeplantes Experiment durchzuführen. Unter dem Motto: "FUER EIN FREUNDLICHES BERLIN. DIE BUEGER MACHEN MIT." wird nun vom 27.-29. Januar 1978 ein Wettbewerb durchgeführt, der dem Buerger willen gerecht werden und unsere Stadt verschönern helfen soll.

Dieser Wettbewerb ist eine Unternehmung, bei der alle Berliner zum Künstler werden können, indem sie Häuserwände, Haustüren, Gartenzäune, Hausvorsprünge usw. usf. anmalen. Jawohl, Sie haben richtig gehört: es darf gemalt werden! Falls Sie wegen irgendwelcher eventueller Regressansprüche seitens Ihres Vermieters Befuerchtungen haben sollten, können wir Sie beruhigen. Der Senator fuer Wohnungswesen hat mit dem Verein Berliner Hauseigentuerer eine Absprache getroffen, in der sich beide Parteien unmissverständlich mit der Malaktion einverstanden erklären.

Vielleicht sind Sie nächste Woche mit ihren Einfällen bereits in der engeren Auswahl der Gewinner. Viele kostbare Preise warten auf Sie!

Bis dann! Viel Spass beim Malen!

Der Senator fuer Wohnungswesen



Dies' ist eine Original-amtliche Mitteilung!  
Wir begrüßen diese Initiative und hoffen auf  
weitere bunte Wände in dieser Stadt. Denn  
leider ist es ja verboten, dazu aufzurufen,  
sich bei Karstadt (z.B.) einen EDDING 5-800  
zu besorgen (vorher ausprobieren!!!) und sodann  
die U-Bahn und sonstiges zu verziehen.  
Schade!



-22-

Gründen der Sicherheit vernichtet, wie übrigens auch die Druckplatten und den Kugelkopf der Schreibmaschine. Das gleiche Schicksal traf leider auch das Lay-out, obwohl wir vor- sorglicher Weise die ganze Herstellung von Anfang an mit Handschuben be- werkstelligt haben. Solche Dinge aufzubewahren bleibt aber immer ein Sicherheitsrisiko.

In weiteren können sie sich selbstverständlich auch die Mühe sparen, in den Broschüren nach Fingerabdrücken zu suchen; weder vom Papierenkäu- fer, dem Magaziner und Drucker noch dem Spediteur werden sie solche finden (wir sind eben eine seriös arbeitende Firma). Hausdurchsuchungen sind zwecklos. Erstens suchen sie mit Bestimmtheit in den falschen Wohnungen und im falschen politischen Milieu (sie ken- nen uns eben noch nicht, Atsch!) und zweitens würden sie bei uns so- wieso nichts mehr finden, was Rückschlüsse auf diese Broschüre gibt. Sie werden zwar wieder eine Sondermüllgruppe bilden - wie immer in solchen Fällen - werden damit aber kaum verhindern können, ihre Be- amten unendlichen Enttuschungen und Frustrationen auszusetzen. Lagerbestände gibt es ebenfalls keine. Die ganze Auflage wurde in zwei Tagen unter die Genossen gebracht (eine Gewaltleistung übrigens).

Es bliebe Ihnen somit praktisch nur noch die Möglichkeit, möglichst viele Exemplare bei den einzelnen Leuten zu beschlagnahmen, und da hoffen wir eben, dass die Genossen Sorge tragen zu diesem Mischlein. Zu- dem würde diese Variante einen derartigen Wirbel erzeugen, dass nur noch mehr Leute von dieser Broschüre erfahren, was ja auch nicht un- dingt in ihrem Interesse liegt. In diesem Sinn grüssen wir sie höflich

BACKGROUND GmbH

druckzylinder an der einen Stirnseite des Papiers charakteristische, von Auge nicht sichtbare Eindrucksuren hinterlassen können. Diese Spuren würden beim Auffinden der Maschine allenfalls für eine identi- fizierung ausreichen, da jede Offsetmaschine anders geformte Druck- spuren hinterlässt. Zu deren Beseitigung haben wir deshalb vorsorg- licher Weise an der betreffenden Papiersseite 5mm abgeschnitten. Weiterens, auch der Drucker macht gemeinsame Sache mit uns, er könnte ihnen leider auch nicht weiterhelfen.

Im weiteren wurden diese Broschüren - wie sie sicher auch festgesetzt haben - stapelweise mit einer Papierschneidmaschine vom ursprünglichen A3-Format auf A5 verkleinert. Nun wissen wir, dass in den Schnittflächen winzig kleine schadhafte Stellen aufweisen, die in den Schnittflächen ein ganz bestimmtes Schartenmuster zurücklassen. Dieses Muster würde ihnen gestatten (immer vorausgesetzt, dass sie die Schneidma- schine finden), zu beweisen, dass die Broschüren mit diesem ganz be- stimmten Schneidmesser verkleinert worden sind. Leider müssen wir sie auch in diesem Punkt enttuschen und ihnen mitteilen, dass das betref- fende Messer bereits gründlich nachgeschliffen worden ist.

Als Spurengerbe bliebe demnach nur noch der Heftapparat und die dazu benutzten Heftklammern. Neben der Möglichkeit, anhand der Heftkla- mern die Marke des Heftapparates festzustellen, wäre es für sie auch möglich, den benutzten Heftapparat zu identifizieren. Beim Durchschla- gen der Klammern durch das Papier hinterlässt nämlich der Schlagnu- nis aus auf dem Rücken der Heftklammer ein ganz spezielles Eindruckmu- ster, das nur von einem ganz bestimmten Apparat verursacht wird. un, da wir diesen Apparat günstig erwerben konnten, haben wir aus

DIE AUSWERTBAREN SPUREN AN DIESER BROSCHUERE:  
unsere Antwort an die Polizei!

entschuldigen Sie bitte die schlechte Vorlage...

Sehr geehrte Herren, ihr Urkundenexpertise wird sicher sofort festgesetzt haben, dass es sich bei der vorliegenden Broschüre um einen Druck im Offsetverfahren han- delt. Wir können Ihnen diese Erkenntnis bestätigen. Mit einer Analyse der Druckfarbe werden sie im besten Fall das Fabrikat ermitteln können. Eine Beweisführung wird damit allerdings nicht mög- lich sein, da es sich um eine handelsübliche Farbe handelt, mit der in der Schweiz täglich tonnenweise Papier bedruckt wird. Das gleiche Bild bietet sich leider auch vom Papier her. Wir haben uns die Mühe genommen, dieses über einen längeren Zeitraum hinweg in den verschiedensten Geschäften in kleinen Mengen zusammenzukaufen. Jeder Geschäftsführer, der auf solch unökonomische Art seine Einkäufe tätigt, würde zwar fristlos entlassen; für uns bedeutet es aber immerhin, dass wir uns vom Papier her nicht auf die Spur kommen. Sollten sie weiterwarten trotzdem die Druckerei ausfindig machen, so wird es ihnen ebenfalls nicht möglich sein, von der Offsetmaschine her den Beweis zu führen. Weil eben - wie bereits erwähnt - einerseits nur handelsübliche Farben und Papiere durchgelassen wurden und anderseits in der Zwischenzeit eine Menge andere Aufträge gedruckt wurden. Zudem wurde die Maschine noch gründlich gereinigt und neu justiert (vom Druk- ker selber natürlich). Im weiteren wissen wir auch, dass vor allem die metallenen Papiereinzuggreifer und die Auslagergreifer am Gegen-



# Viele, viele Termine:

Dienstag, 31.1.

ZDF 19.30 "Das Projekt Honnef" (Thema Windenergie)  
21.20 "Der jobfressende Fortschritt-Rationalisierung um jeden Preis?"  
(Rationalisierungsmaßnahmen i. d. Druck-u. Metallindustrie u. d. Post)

DDR II 18.11 "Nebelnacht" (Krimi)

## Filme

Bali 19.00 "Wallraff bei Bild"  
Cap. Dahlem 18.00 u. 20.30 "Tanz der Vampire"  
Yorck 18.00 "Wallraff bei Bild"  
Tali 19.00 Laurel & Hardy Festival (Originalfassung)  
Colonna 20.00 Die Katze kennt den Mörder  
Lupe 1 16.00, 18.00, 20.30 Panik im Needle Park  
Kurbel 16.00, 18.15, 20.30 Jonas, der im Jahre 200 25 Jahre alt sein wird  
Studio 18.00, 20.00 Chinatown  
22.00 Der starke Ferdinand  
0.30 Easy Rider

Notausgang 22.15 Die Marx-Brothers auf See

## Radio

RIAS I 0.45 Blues i.d. Nacht: Country Joe + Eric Burdon  
RIAS II 15.30 Faßnacht der Indios

## Mittwoch 1.2.

ARD 10.45 Martha v. Fassbinder  
23.00 Karl Valentin zum 30. Todestag  
14.45 Die Piratenkönigin  
22.20 Nicht reden - handeln (Kirche zur Jugendarbeitslosigkeit)

SFB III 18.30 Naturschutz - Gefühlsduselei oder Notwendigkeit?

Radio SFB II 15.15 Schulfunk: Recht oder Unrecht  
Umweltschutz: Natur und Landschaft

RIAS I 10.00 Faßnacht der Indios  
0.45 Pete Townsend, Lane, Gordon - Rock 1  
1.35 Klatuu, Electric Light Orchestra - 2

## Filme

Arsenal 18.30 Dreigroschenoper (französisch)  
20.30 Dreigroschenoper (deutsch)  
Bali 17.00 Krieg der Mumien - Chile 1  
19.00 Ich war ich bin, ich werde sein - 2  
21.00 er weiße Putsch Chile 3  
23.00 inen Moment Dunkel macht nicht blind Chile 4

Berliner Kinomuseum 20.30 Die Feuerzangenbowle  
Colonna 20.00 Die Katze kennt den Mörder  
Capitol Dahlem 18.00, 20.30 Panzerkreuzer Potemkin  
Lupe 1 siehe enstag  
Kurbel siehe enstag  
Steinplatz 17.00, 21.45 Alexis Sorbas  
Studio wie Dienstag, ohne Easy Rider  
Yorck wie Dienstag

## Donnerstag 2.2.

RIAS II 18.00 Rivalen von Sherlock Holmes  
Radio SFB I 23.00 Ich hab Angst vorm Rauskommen  
(aus Frauenhaftanstalten in der BRD)

RIAS II 16.00 Wohin mit dem Atom Müll?

## Filme

Bali 17.30 Seminar Film im Nationalsozialismus

Cinema 19.00 Initiative Frauen im Kino:  
Das Jahr der Frau

Colonna wie Dienstag Lupe 1 wie Dienstag  
Kurbel wie Dienstag Yorck wie Dienstag  
Colonna 18.00, 20.00 Chinatown  
Tali wie Dienstag  
Yorck 15.00 Reise zum Mittelpunkt der Erde  
Lupe 2 23.00 Tanz der Vampire  
Studio 22.00 der starke Ferdinand

## Freitag 3.2.

ARD 16.15 Ich pfeif' auf die  
Karriere - NN will Sozialarbeiter  
werden

ZDF 23.20 Der Bulle (Spielfilm)  
DDR I 20.00 An den Quellen der Mafia  
Filme Clou 17.45, 22.00 Uhrwerk Orange  
Bali 15.00 Straße im Widerstand  
17.30 Seminar Film im Nationalsozialismus II  
Schlüter 20.30 Harold und Maude  
Steinplatz 20.00 Alices Restaurant  
Studio 18.00 Einer flog übers Kuckucksnest  
20.00 Das Brot des Bäckers  
Kurbel wie Dienstag Lupe 2 wie Donnerstag  
Tali 17.30 20 000 Meilen unter dem Meer

## Samstag 4.2.

DDR I 10.00 Das Geheimnis der alten Karte (Krimi)  
16.45 Puhdys (DDR - Rockgruppe)  
Radio SFB II 15.30 Die Isolation der ausl. Frauen  
Studio wie Freitag Kurbel wie Dienstag  
Steinplatz wie Freitag Tali wie Freitag  
Bali 18.00, 19.30 Wallraff bei Bild  
Schlüter 18.00 Die Marx-Brothers im Krieg + 23.00  
20.30 Die Marx-Brothers auf See  
Studio 0.30 Der starke Ferdinand + Einer flog  
übers Kuckucksnest  
Tali 24.00 Rocky Horror Picture Show  
Lupe 1 23.00 Alices Restaurant

## Sonntag 5.2.

ZDF 16.45 Stationen des Kolonialismus  
SFB III 15.00 Naturschutz - Gefühlsduselei  
oder Notwendigkeit  
Radio SFB II 21.05 Küsse, die es in sich haben  
Filme Yorck 13.45 Alices Restaurant  
Kurbel wie Dienstag Studio wie Freitag+Samstag  
Tali wie Freitag  
Schlüter 18.00, 23.00 Die Marx-Brothers auf See  
20.30 Die Marx-Brothers im Kaufhaus  
Steinplatz 17.30, 21.45 Themroc  
Yorck 22.30 Steelyard Blues  
Lupe 1 23.00 Im Lauf der Zeit

Montag 6.1. SFB III 18.30 Computer können nicht  
vergessen - zum Datenschutzgesetz

DDR I 21.30 Charlie Chaplin  
Radio SFB I 10.05 Kindesmißhandlung  
RIAS I 15.45 Gefährliche Forschung: Gen -  
Manipulation

RIAS II 20.30 Vor morgen früh (Krimi)

Filme Arsenal 18.30 Streik

Bali 17.00 Jugendpresse: das Tor zum Garten der  
Träume & Lebenshilfe reichlich  
19.00, 21.00, 23.00 Gorki-Trilogie 1 - 3  
Lupe 1 wie Sonntag Kurbel wie Dienstag  
Studio wie Freitag Tali wie Freitag  
Studio 0.30 Einer flog übers Kuckucksnest  
Yorck wie Sonntag

Am Dienstag, dem 31.1. treffen sich um 19.00 im  
Stadtteilladen die Genoss(inn)en, die was gegen  
das öffentliche Auftreten der Faschisten in Moabit  
unternehmen wollen. Der Laden ist in der Zwingli  
straße 35 U-Bahn Turmstraße BIS DANN

Am Mittwoch, dem 1.2. um 19.30 ist BI-Plenum in der  
Götzstraße im Gemeindezentrum (U-Bahn Alt-Tempelhof)  
Schwerpunktthema: Entschwefelungsanlagen

Am Sonntag ist dann BUG oder INFO - Plenum. Ort und  
Zeit müßt Ihr selbst noch in Erfahrung bringen!

Am Donnerstag den 2.2. macht die ÖTV um 14.00 eine  
Veranstaltung zur Tarifrunde 1978. Ich bin der Mei-  
nung, wir sollten den Gewerkschaftsbonzen ordent-  
lich Feuer unterm Arsch machen, damit sie nicht  
mehr so leicht so unverschämte Zugeständnisse an  
die Unternehmer machen. Es steht viel an: Löhne,  
Verkürzung der Arbeitszeit usw....  
Die Versammlung ist Am Karlsbad 8/10 im Kinosaal,  
Dienstbefreiung wird gewährt.

*Einen lieben Gruß an die Weddinger  
Kreuz, wo bleibt das Band ??  
laß dich mal sehen!*

*Meine lieben  
beiden Dresdner  
Frauen v. oben, ihr  
habt was verschwiegt  
hierfür .... nun  
ist das INFO nun  
das kommt davon.*





Schwarze Grüße an die  
Stille Rede in HH

# Kleinanzeigen



VIELE LIEBE GRÜßE AN MEINE ELTERN. SONNI

ELLE  
AU  
ECLA:  
wacht  
weiter  
so  
kopf  
hoch!

## Kleinanzeige für Betty

Hallo Schnurzel, ich  
hoffe es geht dir wieder  
besser. Ich hab' dich  
ganz doll lieb!

Wäpfi



Grüße an die  
lieben Kollegen/in  
besonders Martin  
Junge & mich.  
Laßt Euch nicht  
nerven!  
P.+G. lassen  
auf sich warten!

Liebe Grüße  
an die Juni-78-Kinder

Suche gebrauchte Gitarre  
billig oder geschenkt  
für Chilenin

Wer kennt keinen Kindes-  
laden in Tempelhof,  
nahe Gottlieb-Dunkelstr.  
für 3 Kinder (5, 6, 7, 7)

Bitte im 13. Mond  
Selbsthilfelaaden  
anrufen.  
Tel.: 6935035

Hallo ihr herum-schweifenden Spessardräuben

HALLO ZAPPA-FREAKS

WIR TREFFEN UNS UM  
19.30h. (15.02.) vor den  
KASSEN!!

Einen ganz lieben Gruß  
an Gisela

HALLO KRONSTADTLERIN  
HABT IHR MAL WIEDER  
BOCK WAS ZU MACHEN?  
(A.Mai?) KÖNNEN JA  
MAL DRÜBER QUATSCHEN!  
AN DEN 5. KRONSTADTLER(TO)  
ICH LASS MICH MAL SEHN!  
(KLEINE ACTION AM RÜNDEL)  
Grüßt euch KOB  
ex-dr. D. [unintelligible]

Erwin G. [unintelligible] grüßt alle  
Mitglieder - Panther - [unintelligible]  
+ Onkel

Einen dicken  
Schmatzer für  
Sanne

geburtstagsgrüße  
an: O.P.

## \* Kein Supermarkt

\* ~~Mitbrachten~~ Gähnen und Musik  
feiern heute vormittag die Händler auf  
dem Ladius-Markt in Zehlendorf-Süd  
einen Sieg gegen Bolle. Das Unterneh-  
men hatte dort einen Supermarkt ge-  
plant. Wie INFO-BUG berichtet,  
stieß dieser auch vom Bezirksamt un-  
terstützte Plan aber auf harten Wider-  
stand bei den Händlern, aber auch bei  
Kunden. Zahlreiche Unterschriften  
wurden für die Rettung des Ladius-  
Marktes gesammelt. Jetzt haben Be-  
zirksbürgermeister Rothkegel und die  
Stadträte Plöckhahn und Schulz zuge-  
sichert, daß kein Supermarkt auf den  
Ladius-Markt kommt. Sie erklärten,  
man habe geglaubt, den Bürgern mit  
einem Supermarkt einen Gefallen tun  
zu können.



Der Staatschutz  
grüßt die Verfassung:

„Es war eine schö-  
ne Zeit.“

Wo ist  
Bommi?

## Liebe Marion!

Ich wollte dir schon  
immer mal 'ne  
Blume schenken, hier-  
mit tue ich's  
Alles Liebe  
Geli

Viele liebe Grüße  
an die Thea in 36  
von Ramer in 21

An alle  
Jugend-  
Jugend-  
vonder  
TUNIX-Demo viele Grüße  
ganz besonders liebe natürlich an  
Christu, Ralf, Paula, Lutz und die anderen  
Punkfreaks

High sein, Frei sein,  
Terror muß dabei!

Neuköllner Kontaktbereichsbeamter  
in Dienst:



ALSO NOCHMAL! WIE  
VERFAHRUNGSSCHÜTZER SCHMEISSEN  
JETZT ALS ANARCHISTEN 30  
BOMBEN AUF VERABUNG  
AN... NOCHMAL: WIE ALS VER-  
FAHRUNGSSCHÜTZER... NEH  
DANN DIE VERFAHRUNGSSCHÜTZER  
OBER WAS??

ausblatt nr. 35/münchen

Hiermit werden die liebsten  
Grüße an die selbst Marion  
von 21ern überreicht. \*